

Das rechtlich-politische Verhältniß von Fürstentum und Ständen
in der Mark Brandenburg unter der Regierung Joachims I.

Kapitel I und II.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

GENEHMIGT

VON DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT

ZU BERLIN.

VON

WALTHER SCHOTTE

AUS

CHARLOTTENBURG.



Tag der Promotion: 13. Juni 1910.

Referenten:

Professor Dr. Hintze.

Professor Dr. Tangl.

Mit Genehmigung der hohen Fakultät kommen hier nur 2 Kapitel der Dissertation zum Abdruck. Die ganze Arbeit wird binnen Jahresfrist als Schrift des Vereins für die Geschichte der Mark Brandenburg erscheinen.

Inhalt

Meinen Eltern.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	7

I. Kapitel:

Die Ständetage und ihr Werk.	
Das Verzeichniss der Ständetage unter der Regierung Joachims I.	12
Verteilung der Ständetage	13
Formen der Ständetage und ihr Zusammenhang mit dem kurfürstlichen Rat	15
Die Stände als geborene Räte und die ständische Qualität der kurfürstlichen Räte	17
Die Materien der Landtagsverhandlungen	19
Steuerbewilligungen	19
Die Verlängerung der Bierziese	21
Die Interessen des agrarischen Großbetriebes und der adligen Gutsherrschaften	23
Zollfreiheit des Adels	23
Ausfuhrverbote	24
Mietsverhältnisse der Ackerknechte	25
Erbuntertänigkeit der Bauern	26
Patrimoniale Polizei- und Gerichtsobrigkeit	27

II. Kapitel:

Die ständischen Privilegien als Grundlage des Verhältnisses zwischen Kurfürst Joachim I. und seinen Ständen.	
Der historische Zusammenhang der ständischen Rechte	29
Das Petitionsrecht	32
Das Gesetzgebungsrecht	33
(Der Revers Joachims II. von 1540)	34
Das Recht auf Steuerbewilligung	37
Das Recht auf Teilnahme an der Regierung und Verwaltung	38
Die Beschränkung des Kurfürsten in der auswärtigen Politik durch den Revers von 1472	38
Die Beschränkung in der Finanzverwaltung	38

	Seite
Die Tendenzen auf eine ständische Beeinflussung der Rechtsprechung	40
Ratschläge des Herrentags vom 2. August 1484 . . .	43
Die Akten des Herrentags vom 13. März 1503 . . .	46
Der Entwurf der Kammergerichtsordnung von 1516 .	47
Die Forderungen des Landtagsausschusses vom 30. Oktober 1540	51
Das Resultat	51
Anmerkungen.	
Zu Kap. I	53
Zu Kap. II	60

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vorwort

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit hat sich zum Ziele gesetzt, die Beurteilung, die das Zeitalter Joachims I. von Brandenburg im Zusammenhang der brandenburgischen Verfassungsgeschichte erfahren hat, auf Grund der archivalischen Dokumente kritisch zu prüfen. Die Einleitung des Ganzen faßt in einer Übersicht über die Epochen der brandenburgischen Staatsbildung das Ergebnis dahin zusammen, daß das Zeitalter Joachims I. nicht, wie bisher geschah, der Epoche des ausgebildeten ständischen Dualismus zuzurechnen ist, sondern vielmehr als eine Periode des Übergangs beurteilt werden muß. Charakteristisch für die politische Struktur der Zeit ist das friedliche Nebeneinander von Fürst und Ständen, ihre Zusammenarbeit zum Wohle des Landes. Der Ursprung des ständischen Wesens aus lehnrechtlichen Beziehungen wirkt noch nach. Eben darum herrscht in dem Verhältnis von Fürst und Ständen kein Gleichgewicht der Kräfte. Der Kurfürst hat durchaus die führende Rolle. Von entscheidender Bedeutung für diese Entwicklung war zugleich die renaissancemäßige Herrschernatur der Brandenburgischen Fürsten von Albrecht Achilles bis Joachim I.

Das erste fast völlig zum Abdruck gelangende Kapitel gibt ein Verzeichnis der unter Joachim gehaltenen Ständetage, untersucht ihre politische Bedeutung und überschaut schließlich das Werk dieser Versammlungen. Von diesem letzten Teil bleibt unveröffentlicht, was von der Arbeit der Ständetage auf den Gebieten des Wirtschafts- und Verkehrslebens, der Organisation der Gerichte und der Rechtsbildung, endlich der Religionsangelegenheiten mitgeteilt wird. Auf fast allen Gebieten läßt sich die

Mitarbeit der Stände nachweisen; die Münzordnungen wurden stets mit Rat der Stände erlassen. Die Polizei handhabte freilich Joachim ziemlich autokratisch; immerhin wurden Maß und Gewicht auf den Ständetagen geordnet und für Verordnungen gegen den Luxus in Stadt und Land Normen festgelegt. Ebenfalls wirkten die Stände mit bei der Rechtsbildung, so bei der Reform des märkischen Erbrechts, und bei den Arbeiten für eine Organisation des Kammergerichts, die freilich damals (1516) noch nicht zustande kam.

Der Abdruck des zweiten Kapitels ist vollständig.

Das dritte Kapitel ist der Untersuchung der Beziehungen zwischen Fürst und Oberständen gewidmet. Eine ausführliche Darstellung verlangte das Verhalten des Adels zu den Bemühungen Joachims um eine Befriedigung des Landes. Hier stand die Auffassung Treusch v. Buttlars entgegen, der behauptete, daß der märkische Adel für seine friedbrecherischen Standesgenossen gegen den Kurfürsten Partei ergriffen hätte, daß überhaupt zwischen Fürst und Adel ein erbitterter Gegensatz bestanden hätte. Es ergibt sich nun aber aus den Akten der Ständetage, zumal der Herrentage von 1503, daß der Adel nicht nur die Räubereien und Fehden seiner Genossen auf das schärfste verurteilt, sondern auch positiv die Politik seines Fürsten unterstützt hat, so in der Aufstellung eines detaillierten Plans zur Verfolgung der Friedbrecher und späterhin in seiner Mitarbeit an einer Strafgesetzgebung gegen Fehde und Raub. Die Trübung des Verhältnisses, die die Herrentagsakten von 1523 verraten, war nur vorübergehend, und auch damals mag man eher von vorgekommenen Ungehörigkeiten sprechen als von irgend welchem feindseligen Verhalten des ganzen Standes gegen den Landesherrn; auf diesem Tage jedenfalls erkennt der Adel die Vorwürfe des Fürsten zu Recht an und bittet gehorsam um Entschuldigung.

Die Frage, ob die Oberstände an der auswärtigen Politik des Kurfürsten mitgewirkt haben, muß mit einem Nein beantwortet werden. Dies wird auch nicht umge-

stoßen durch den Sonderfall von „Landtagsverhandlungen wegen Pommern“, von denen eine Urkunde bei Raumer (Cod. dipl. brandbgs. cont. p 267) berichtet. Auf Anregung der pommerschen Landschaft hatte sich Joachim bereit erklärt, in seiner Sache mit dem Herzog von Pommern die Vermittlung der Stände beider Lande anzunehmen. Das Unternehmen hatte keinen Erfolg. Späterhin ist von einer Beteiligung der Stände an dieser Angelegenheit nicht mehr die Rede.

In den Reichssachen: der Vertretung Brandenburgs auf den Reichstagen und Ausführung von Reichstagsbeschlüssen pflegte Joachim den Rat seiner Stände einzuholen; noch mehr aber spricht für das gute Verhältnis, in dem der Kurfürst zu den Oberständen stand, daß er sie um ihre Meinung befragte und ihren Rat befolgte in den wichtigsten persönlichen und Hausangelegenheiten, so bei dem Abfall der Kurfürstin vom katholischen Glauben.

Eine der wesentlichen Ursachen für das gute Verhältnis zwischen Fürst und Oberständen und das Überwiegen der fürstlichen Macht ist die geringe politische Bedeutung und die verfassungsrechtliche Abhängigkeit der Städte vom Fürsten, die Folge ihrer Niederlagen, die sie in den Kämpfen mit den Vorgängern Joachims sich geholt hatten.

Daher behandelt das vierte Kapitel: „Fürst und Städte“, dieses Verhältnis in eingehender Erörterung. Dieser liegen als Quellen die von Joachim erlassenen Städteordnungen, unter ihnen die sogen. Polizeiordnung von 1515 zu Grunde. Eine ausführliche Vergleichung des Diktats aller dieser Urkunden ergibt, daß eine der andern als Vorlage gedient hat; die Polizeiordnung von 1515 aber ist kein Akt, der die städtischen Verhältnisse der Mark allgemein verbindlich regeln sollte; sie erweist sich vielmehr als eine nicht für die Publikation bestimmte Kanzleiarbeit, eine im engsten Anschluß an die letzte bisher erlassene Ordnung gearbeitete Vorlage für künftige Reformationen. Bei dem Zusammenhang aller dieser

Urkunden beruht der Quellenwert der Polizeiordnung eben in der Zusammenfassung und Vereinfachung vieler Einzelurkunden.

Indem die Städteordnungen nicht nur Verfassungsrecht setzen, sondern zugleich die „Polizei“ — im alten und eigentlichen Sinne des Worts — regeln, sind sie ein Werk der persönlichen Fürsorge Joachims, den Städten aus Unglück, Mißwirtschaft, sozialem oder religiösem Unfrieden zu geordneten Zuständen zu verhelfen.

Die Ratswahlen der größeren unter den märkischen Städten unterliegen seit dem Ausgang der Städtekämpfe der kurfürstlichen Bestätigung. Im allgemeinen hat sich ein oligarchisches Ratsregiment mit „wechselndem Mittel“ eingebürgert, eine Verfassungsform, die dem Kurfürsten bei der Ergebenheit des Patriziats durchaus genehm war. Die städtischen Beamten galten als kurfürstliche und leisteten dem Fürsten den Treueid. Joachim suchte das Volk vom politischen Leben fern zu halten; in Frankfurt ersetzte er die Vollversammlung der Bürgerschaft durch ein Stadtverordnetenkollegium, bestehend aus Vertretern der Gewerke und der Bürgerschaft als solcher, unterwarf vielfach die Wahl der Gemeindevertreter der Bestätigung durch den Rat oder nahm sie selbst in Pflicht. Auch mischte er selbst sich in die städtische Verwaltung ein; so nahm er in Frankfurt an der Rechnungslegung des alten vor dem neuen Rat durch einen Vertreter teil und fügte den Kontrollkommissionen für die Gewerke einen eigenen Beamten bei. Überhaupt übt der Rat die Polizei nur im Auftrag des Fürsten; er erhält die Hälfte der Bußsummen gewissermaßen als Entschädigung; sie verfällt dem Kurfürsten bei lässiger Handhabung der Polizei, abgesehen von der besonderen Bestrafung.

Schließlich werden die städtischen Unruhen der Zeit in Berlin, Stendal und Tangermünde einer kurzen Betrachtung unterzogen. In unserm Zusammenhang ist bemerkenswert, daß jeder Aufruhr der Bürgerschaft gegen den Rat als gegen die Landesherrschaft gerichtet von Joachim empfunden wird.

Ein Excurs untersucht im einzelnen die politische Bedeutung der Kämpfe Joachims mit dem Adel, polemisch gegen Treusch v. Buttlar. Die Ansichten dieses Forschers, der Joachim Adelshaß und Parteilichkeit zu Gunsten der Städte vorwirft, müssen abgelehnt werden, da sie auf Mißverständnis der sie belegenden Urkunde beruhen. Auch eine rigorose Strenge des Verfahrens gegen die Friedbrecher kann nicht behauptet werden. Denn nicht mehr als höchstens 12 Hinrichtungen lassen sich bei einer ermittelten Gesamtzahl von 146 Fällen des Friedbruches und für den Zeitraum von 33 Jahren, über die sich die Prozesse hinziehen, zählen. Die große Masse der Urteile lautete auf die rittermäßige Strafe der „Bestrickung“.

Ebensowenig lassen sich die Fehden und Räubereien der Adligen als Zeichen einer prinzipiellen Opposition auffassen; denn die Bewegung wird vorzüglich von den wirtschaftlich Schwachen getragen, die, als durch die neue Kampfweise der Lehnssritterdienst entbehrlich wurde, in ihrem Grundbesitz nicht die Möglichkeit zu einer neuen Lebensführung fanden. Diese Anschauung von der Ausbreitung der Bewegung wird aus einer von Buttlar zwar aufgestellten aber nicht verwerteten Liste der Friedbrecher gewonnen.

Der Volldruck der Arbeit wird als Beilage die in Repositur 20C. des kgl. preuß. geh. Staatsarchivs beruhenden Akten der Herrentage von 1503 enthalten.

I. Kapitel.

Die Ständetage und ihr Werk.

Bei der großen Bedeutung, die den Ständetagen für die Geschichte des territorialen Zeitalters zukommt, insofern auf ihnen die Beziehungen zwischen Fürst und Ständen sich intensiver manifestieren als gewöhnlich, ist es notwendig, einen Überblick über die Geschichte der Ständetage unter Joachim I. vorzuschicken, ehe wir das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Fürst und Ständen dieser Zeit untersuchen. Auf Grund der gedruckten und im Geh. Staats - Archiv vorhandenen Landtagsakten, sowie mittelbarer Quellen soll versucht werden, ein möglichst vollständiges Verzeichnis der unter Joachim gehaltenen Ständetage aufzustellen.*)

1503¹⁾ 13. III. Herrentag am Montag nach Reminiscere.
(Akten des Geh. St.-A.: R. 20. C).

25. VII. Herrentag auf Jacobi (ebenda).

August (?) Herrentag (ebenda).

1505 14. XI. „Rat“ (Raumer, Codex diplom. brandbg. continuatus II 233).²⁾

Zwischen 1505 und 1511 ein „gemeiner Landtag“. (Akten des Geh. St.-A.: R. 20. C).³⁾

1511 Gemeiner Landtag (cf. Riedel, Codex diplom. brandbg. C. III. 211).⁴⁾

*) Zur Terminologie: Als „gemeine Landtage“ werden nach einem Sprachgebrauch der Urkunden Tage bezeichnet, zu denen alle Stände versammelt wurden. Diesen stehen die Herren- und Städte-tage gegenüber. Es wurde vermieden, als Oberbegriff dieser drei Einzelbegriffe den gebräuchlichen des Landtags zu wählen, weil Herrentage sich, wie aus der weiteren Darstellung hervorgehen wird, nur bedingt als Landtage charakterisieren lassen. Als Oberbegriff wurde daher „Ständetag“ genommen, der dem „Tag“ der Urkunden entspricht.

1513 27. XI. Herrentag, Sonntag nach Katharinae virginis. (Riedel, C. III. 224; Mylius, Corp. Institut. Marchie. VI, Nr. 11.)

Kurz vor 1518 Gemeiner Landtag (Münzordnung sine dato, Mylius, IV. 1. 5. Cap. Nr. 2).

1518 16. V. Gemeiner Landtag, Sonntag Exaudi (Raumer, II. 224).

1518 Weihnachten (?) Gemeiner Landtag „am abendt des neuen Jarstag“ (cf. Raumer, II. 212).⁵⁾

1521 Gemeiner Landtag (cf. Droysen, Gesch. der preuß. Politik, II. 2. p. 44).⁶⁾

Städtetag (?) von Katharinae virginis.

1522 14. III. Gemeiner Landtag, Sonntag Laetare (Raumer, II. 262).⁷⁾

Gemeiner Landtag (Raumer, II. 262).⁸⁾

19. XI. Herrentag am Tage Elisabeth (Raumer, II. 289).⁹⁾

1523 10. XI. Herrentag am Tage Martini (Raumer, II. 227).

1524 30. VI. Gemeiner Landtag (Mylius, VI. 1 Nr. 12).

1526 4. X. Gemeiner Landtag Donnerstag nach Michaelis (Raumer, II. 291).

1527 2. VII. Ausschußtag (Herrentag) von Visitatio Marie (Mylius, VI. 1 Nr. 13; cf. Riedel, C. III. 376).

6—9. X. Gemeiner Landtag vom Sonntag bis Mittwoch nach Francisci (Mylius, VI. 1 Nr. 14; cf. Raumer, II. 292 Nr. 75. (Montags nach Francisci), Raumer, II. 292 Nr. 76 (Dienstags nach Francisci); Mylius, II 1 Nr. 3: „Joachimica“ (Mittwochs nach Francisci).

1534 27. VI. Herrentag am Sonnabend Joh. Bapt. (Mylius, VI. 1 Nr. 16). „Landesordnung“ (nach einer Überschrift in den Akten R 20 A Nr. 3.)

1534 1. VII. Gemeiner Landtag Donnerstag nach Bapt. (Mylius, VI. 1 Nr. 17).

Joachim hat während einer 36 jährigen Regierung ca. 20 Ständetage gehalten, die sich aber merkwürdig verteilen. Es gibt große Pausen und dann fallen wieder mehrere Ständetage auf 1 Jahr zusammen. Von 1503 bis 1513 ist eine ruhige Zeit, in der wahrscheinlich nur zwei

gemeine Landtage gehalten worden sind, also Tage, auf denen alle Stände versammelt waren. Eine Periode, in der die Stände verhältnismäßig häufig zu Tagen entboten wurden, reicht von 1518 bis 1527, und besonders in diesem letzten Jahr fanden zwei größere Ständetage statt, die für die inneren Verhältnisse der Mark von hervorragender Bedeutung gewesen sind. Dann kommt eine besonders auffällige Pause, bis nach 7 Jahren die Ständetage von 1534 zum letzten Male in dieser Regierung Fürst und Stände versammeln.

Für die Berufung der Ständetage war im allgemeinen das Bedürfnis des Augenblicks entscheidend. Ihre merkwürdige Verteilung läßt den Schluß zu, daß Joachim nicht gewohnt war, mit der Gesamtheit der Stände regelmäßig zu verkehren, umsoweniger, als eine Verpflichtung, Ständetage auszuschreiben, bekanntlich in Brandenburg nicht bestand. Keineswegs aber ist anzunehmen, daß Joachim nur, wenn er finanzielle Hilfe bei seinen Ständen suchte, also gewissermaßen gezwungen, Ständetage ausschrieb; das würde für eine Abhängigkeit von den Ständen zeugen, die garnicht dem Charakter dieser Regierung entspräche. Die wichtigsten Ständetage stehen in keinem oder, wie der Herrentag von *Visitatio Mariae* 1527, nur in einem losen Zusammenhang mit Steuerforderungen und -Bewilligungen. Das landesherrliche Übergewicht läßt besonders deutlich der Herrentag von 1523 erkennen, den Joachim lediglich zu dem Zweck berufen hat, um den Ständen seinen Unwillen über vorgekommene Ungehörigkeiten und Ungesetzhlichkeiten kundzutun.

Von besonderer Bedeutung ist weiterhin das Überwiegen der Herrentage. Unter Herrentagen sind Versammlungen der oberen Stände, Prälaten, Herren, Ritter zu verstehen. Ihre vorherrschende Erscheinung ist daher charakteristisch für die geringe landständische Bedeutung der Städte. Obwohl in unserer Zeit der Ausdruck Oberstände in den Quellen noch nicht bezeugt wird, hat sich die Spaltung der Stände in Oberstände und Unterstand bereits vollzogen. Mülverstedt setzt diesen Sonderungsprozeß mit Unrecht

erst in das 17. Jahrhundert. Kurz nach Abschluß unserer Epoche ist der Ausdruck auch in den Landtagsakten von 1540 gegeben. Gerade die wichtigsten Angelegenheiten werden nur auf Herrentagen beraten: so die Maßregeln zur Unterdrückung der Räubereien 1503 und die Landesordnung von 1534. Im Ganzen hat Joachim von den 20 Ständetagen, die wir ermittelt haben, mindestens 8 als Herrentage ausgeschreiben; es bleiben 10 gemeine Landtage und ein Städtetag übrig.

Den Herrentagen zuzurechnen ist in gewissem Sinne noch der „Rat“ von 1505. Die Urkunde, die von ihm berichtet, enthält eine Ordnung der Münze und des Biergeldes, und da die Stände bei Beratung über das Münzwesen nicht übergangen zu werden pflegten, wird dieser Rat ein ständischer gewesen sein, vielleicht eine Notablenversammlung.

Ein solcher „Rat“¹⁰⁾ stellt ein Mittelglied dar in dem Zusammenhang, der zwischen dem Kurfürstlichen Rat als Behörde und dem Herrentag bestand. Landtage wie Behörden gehen bekanntlich in ihrer letzten Wurzel auf den Vasallenrat des Fürsten zurück wie er in der curia principis gegeben war. Die Ständetage und besonders die Herrentage, auf denen Prälaten und Ritterschaft versammelt waren, stellen sich als Erweiterung dieses Vasallenrats dar, als das Magnum Concilium, und Priebatsch charakterisiert sie nicht mit Unrecht als erweiterten Staatsrat.¹¹⁾ Als nun die lockeren Organisationen der Land- und Herrentage einerseits, der fürstlichen Ratsbehörde andererseits festere Formen annahmen, schob sich noch zwischen beide der freie durch Hinzuziehung ständischer Vertreter erweiterte „Rat“, als den wir den „Rat“ von 1505 betrachten dürfen. Der Unterschied zwischen einem solchen erweiterten Rat und den eigentlichen Landtagen besteht darin, daß die Verhandlungen des „Rats“ von dem Kurfürsten persönlich geleitet werden, während auf den Landtagen der Kurfürst nur die Proposition persönlich vorzutragen pflegte, wie wir aus dem Verzeichnis für die Proposition eines Landtages von 1518 erfahren.¹²⁾ Und hier an diesem Punkte

läßt sich deutlich der unsichere Charakter der Herrentage erkennen, die ihrerseits zwischen dem „Rat“ und den Landtagen stehen und die Organisationsformen beider noch in sich vereinen. Der Herrentag vom März 1503¹³⁾ bietet sich uns als besonders gutes Beispiel. In den Akten¹⁴⁾ finden wir einen „Ratschlag der Prälaten und Räte“, daneben einen „Ratschlag meines gnädigsten Herrn und der Räte“ und endlich einen „Ratschlag der Räte“. Das Mittelstück läßt eine Form der Beratung erkennen, die wir der jenes „Rats“ für analog annehmen müssen und die für die eigentlichen Landtage außer Gebrauch kommt. An ihre Stelle tritt die Form der Verhandlung zwischen Kurfürst und Ständen, die in diesen Akten als „Rat der Räte“ bezeichnet wurde. Unter dieser Bezeichnung ist eine gemeinsame Sitzung von ständischen Vertretern und kurfürstlichen Räten als Kommissaren des Landesherrn zu verstehen. Das charakteristische für die Landtage aber sind die Verhandlungen, die die Stände unter sich pflogen, in denen sie über die kurfürstliche Proposition berieten und das Verzeichnis ihrer Wünsche und Beschwerden feststellten. Diese Verhandlungen erscheinen hier als „Ratschlag der Prälaten und der Räte“, indem unter den Räten die Adligen als die geborenen Räte gemeint sind.

In welcher Art sich der Rat als Behörde zu einem ständisch erweiterten Rat ausdehnte, darüber belehrt uns ein Brief¹⁵⁾ der Kurfürstin Elisabeth, auf dessen Inhalt wir in einem anderen Zusammenhang zurückkommen. Der die Geschäfte führende Rat war noch kein collegium formatum, und selbst die in der Hofordnung Joachims II. als Ratstube bezeichnete Behörde möchten wir nicht als ein solches charakterisieren, da ihm die personale Abgeschlossenheit noch fehlt. Als der Kern, aus dem sich die Behörde zu festeren Formen entwickelte, erscheint wie überall das gelehrte Element. Diesen „gelehrten Rat“ versammelte Joachim zu einer richterlichen Entscheidung über seine Gemahlin wegen ihres Abfalls vom alten Glauben. Seine Mitglieder sind die Prälaten und die Doktoren des Gerichts. Als Joachim durch den Bischof

von Lebus auf das allgemeine Landesinteresse, das die Entscheidung über das Schicksal seiner Gemahlin habe, aufmerksam gemacht wurde, entschloß er sich, die Vornehmsten seines Adels zu der Beratung hinzuziehen, und die Entscheidung des so erweiterten Rates wurde von ihm angenommen.

Diesen engen Zusammenhang zwischen dem Rat des Fürsten und den Landtagen, wie er sich in den Zwischengliedern des ständisch erweiterten „Rats“ und der Herrentage erkennen läßt, beleuchtet auch das Wechselverhältnis, in dem die Stände als die geborenen Räte und die kurfürstlichen Räte als Mitglieder der Stände standen. Das Beamtentum dieser Zeit hat sein eigentümliches Wesen in der gegenseitigen Durchdringung beamtenmäßiger und ständischer Elemente. Dies Moment zeitigt selbst noch in der Zeit des zweiten Joachim die merkwürdige Erscheinung, daß zumal auf Landtagen, zu denen der Kurfürst nur einzelne Vertreter berufen hat, die Beamten des Kurfürsten, die dort als Landstände sitzen, überwiegen; daß ständische Kommissionen ganz und gar oder doch überwiegend aus landesherrlichen Räten bestehen. Beschlüsse, die nur von den Räten des Kurfürsten beraten wurden, gelten als mit Rat von Prälaten und Mannen erlassen. Dieses Wechselverhältnis muß man sich daher vergegenwärtigen, wenn in einer Frage, der die Stände die größte Wichtigkeit beimaßen, dem Erlaß von Ausfuhrverboten, sie sich mit dem unbestimmten Versprechen Joachims begnügen, daß er sich an den Rat „etzlicher von der Landschaft“ halten wolle.¹⁶⁾ Die ständische Qualität seiner Beamten gab in dieser Frage Joachim volle Freiheit.

Auch in der Terminologie findet dies Verhältnis seinen Ausdruck. Räte sind zunächst in wörtlichem Sinne alle Teilnehmer an einer Rats- oder Gerichtsverhandlung. In diesem wörtlichen Sinne werden in dem Rechtsprachregister des Markgrafen Johann auch einmal städtische Bürgermeister, die an einer gerichtlichen Entscheidung teilnehmen, als Räte bezeichnet¹⁶⁾. Damit ist die Charakterisierung der Stände als „Räte“ nicht zu ver-

wechseln. „Unsere Räte von Praelaten und Mannschaft“¹⁷⁾ ist eine häufige Redewendung. Gewöhnlich freilich wird nur der Adel als „der Rat“, als „die Räte“ bezeichnet¹⁸⁾. Die Sitzungsprotokolle der Adelskurie tragen die Überschrift „Ratschlag der Räte“¹⁹⁾. Die Prälaten gehören zu den gelehrten Räten. Die Adligen werden seit Joachim II. als „Landräte“ bezeichnet²⁰⁾. Die wirklichen Beamten führen die Titel von Haus- oder Hofräten, Räten von Haus aus, je nachdem sie in der Hof- oder Lokalverwaltung tätig waren. Der Name „geheime Räte“ taucht nur einmal unter Albrecht Achilles auf²¹⁾. Es sind darunter Berufsbeamten, nicht ständische Räte zu verstehen. Andererseits wird jeder Beamte des Kurfürsten als „Rat und lieber getreuer“, als „ehrbarer“ charakterisiert. Das Vasallitätsverhältnis, aus dem, wovon noch zu handeln ist, die Ratspflicht fließt, und das die Stände zu geborenen Räten macht, wird in diesen Bezeichnungen auch bei den Beamten betont. Dennoch wurde zwischen den geborenen Räten und den Räten als Beamten formal unterschieden. Das macht ein Verzeichnis des Gefolges, das den Kurfürsten 1530 zu dem Reichstag in Augsburg begleitete, anschaulich²²⁾. Zuerst werden die „Räte“ aufgezählt: Der Kurprinz, der Bischof von Lebus, Fürst Johann von Anhalt, Graf Bernhard zu Regenstein, Graf Heinrich zu Schwarzenburg, Johann und Christoph Gans Edle Herren zu Puttlitz, Balthasar von Bieberstein, Siegmund v. d. Lepp. Dann folgen die „Hofräte“: Hofmarschall Christoph von Schaidingen, Ritter Gehwart von Jagow, Comthur Melchior Parfuß zum Quarzen, Dr. und Cantzler Wolfgang Kettwich, Hauptmann Balthasar Buck zu Kottbus, Busse v. d. Schulenburg, Hans v. Arnim, Dr. Conrad v. Metzsch, Dr. Wolfgang Redorffer, Georg v. Zschirn, Domdechant Sigmund v. Lindenau zu Merseburg; zum Schluß werden 31 Ritter als Hofgesinde genannt.

Ein Indigenatsrecht war nicht formell verbrieft. Aber unter Joachim II. erkannte der Adel dankbar an, daß der alte Kurfürst mit eingeborenen Räten regiert habe. So schien den Ständen ein heimisches Beamtentum, das seine ständischen Eigenschaften beibehielt, wichtiger für ihre

Interessen, als die Landtage selbst, die ihnen häufig nur als Belästigung erschienen. Joachim beschwert sich, daß die Landtage schlecht besucht seien²³); große und reiche Geschlechter wie die Schulenburgs verzichteten darauf, alle persönlich an den Landtagen teilzunehmen und vereinbarten eine Vertretung des Geschlechts²⁴).

Dennoch ist es notwendig, von dem Werk der Ständetage zu berichten. Sie stellen immer noch den Brennpunkt für das Verhältnis von Fürstentum und Ständen auch in dieser Epoche dar. Einen inneren Zusammenhang, der sich erzählend darstellen ließe, bietet freilich die Geschichte dieser Ständetage nicht dar. Über ihre Tätigkeit orientieren wir uns daher am besten, indem wir die einzelnen Materien, die auf ihnen behandelt wurden, gesondert betrachten.

Wir erörtern zunächst die wichtige Materie der Steuern und schließen an diese Forderung der Landesherrschaft die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stände, die in einem inneren Zusammenhang mit der Steuerpolitik stehen. Zuletzt geben wir einen Überblick über die Behandlung der allgemeinen Landesangelegenheiten und der fürstlichen Interessen auf den Ständetagen, soweit diese Materien nicht eine besondere Darstellung in dem Kapitel „Fürst und Oberstände“ finden.

Auf dem Herrentag von Jacobi 1503 war dem Kurfürsten von den Oberständen eine Steuer bewilligt worden. Gleichzeitig hatten sie beantragt, daß auch die Städte eine „Gemeine Hulff und steur anlegen“ sollten. Diese ist auch tatsächlich gegeben worden, wie wir aus den einleitenden Worten des Reerves²⁵) über die Verlängerung der Bierziese von 1513 entnehmen. Genauer es über die Art der Steuer wissen wir nicht. Die Verlängerung der Bierziese auf Lebenszeit, zu der sich die Städte 1513 verstanden hatten, bewahrte Joachim für längere Zeit davor, die Steuerkraft des Landes durch außerordentliche Beden in Anspruch zu nehmen. Erst 1521 ließ er sich eine neue Steuer von den drei Ständen des Landes bewilligen. In altgewohnter Weise war die aufzubringende Summe unter

die Stände derart verteilt, daß die Oberstände ein Drittel, die Städte zwei Drittel derselben zahlten. Auf dem Städtetag von Katharinae dieses Jahres hatten die Städte eine Erhöhung des Hufenschoßes um 20 % ihres Anteils als Gegenleistung für die Stundung der inzwischen schuldig gewordenen Steuererträge zugestanden. Die Steuer sollte 4 Jahre lang gegeben werden. Aber schon 1524 wurde eine neue Steuer notwendig. „Als die gutwilligen und getreuen Untertanen“ haben die Stände auf dem Landtag vom Donnerstag nach Baptistae „bewilligt²⁶⁾, uns aus solchen unseren Schulden gutwillig und unterthänig zu helfen unsere Schuld zu bezahlen und die verpfändeten Schlösser und Örter wiederum zu lösen und zu freien und sich derhalben einträchtiglich entschlossen, und uns gutwillig zugesagt, einen gemeinen Hufenschoß durch unser Kurfürstentum und Land 8 Jahre lang zu geben“. Ein wörtlich gleichlautender Receß wurde für eine gleiche Bewilligung 1534 ausgestellt.²⁷⁾ Aus der nachfolgenden Verpflichtung, diese Summe zu keinem anderen Zweck als zur Schuldentilgung und zur Einlösung des verpfändeten Besitzes zu verwenden, geht deutlich genug hervor, daß dem Kurfürsten die Summen in die Hand gegeben wurden, und der zitierte Text nicht etwa in dem Sinne interpretiert werden darf, als ob die Stände die Schulden des Kurfürsten zu eigener Bezahlung selbst übernommen hätten. Vielmehr ist der Text so zu verstehen: Sie willigen ein uns zu helfen unsere Schuld zu bezahlen etc. Die Infinitive: zu bezahlen, zu lösen, zu freien hängen von helfen ab, das selbst abhängiger Infinitiv von: bewilligen ist. Die Infinitive: helfen einerseits, bezahlen etc. andererseits müssen sub- nicht coordiniert werden. Jene irrige, vornehmlich von Bornhak²⁸⁾ vertretene Auffassung darf auch nicht aus dem Wortlaut eines kurfürstlichen Befehls an die Steuereinnehmer von 1535 gefolgert werden.²⁹⁾ Die kurfürstlichen Beamten sollen offenbar die eingesammelten Erträge „samt den Registern“ dem ständischen Ausschuß nur zur Kontrolle vorlegen. Eine ständische Schuldenverwaltung ist also

weder 1524 noch 1534 begründet worden. 1534 um so weniger, als die Steuerforderung nur die gleiche war, wie vor 10 Jahren, also bei dem sinkenden Geldwert der Zeit niedriger zu bewerten ist. Charakter und Organisation beider Steuern, sowohl der von 1524 wie der genau 10 Jahr späteren, sind völlig einander gleich. 7 Jahr lang sollen von jeder Hufe 8 märkische Groschen gesteuert werden. Für das 8. Jahr ist der Anschlag auf 5 Groschen ermäßigt. Von dieser Steuer sind die Küster, Gärtner, Müller, Hirten, Schäfer, Schmiede und Fischer nicht befreit. Die Quotisation der Steuer ist die gewöhnliche; die Oberstände bringen einen Teil, die Städte zwei Teile des angeschlagenen Ertrages auf. Die Steuer soll aussetzen, falls eine außerordentliche Hilfe in einem der bekannten drei Not- und Ehrenfälle notwendig wird, oder eine Reichs- und Türkensteuer ausgeschrieben wird. Eine neue Steuer, die durch solche außerordentlichen Ereignisse 1527 veranlaßt wurde,³⁰⁾ scheint dennoch die alte Steuer nicht abgelöst zu haben, da sie, weit niedriger bemessen, dem Kurfürsten keinen Ersatz, geschweige denn einen Vorteil bringen konnte. Neben den 1524 bewilligten Leistungen sollen 2 Jahr lang 12 ſ von jeder Hufe, einschließlich des Grund und Bodens der Kossäthen, gegeben werden, sodaß ins Gesamt jede Hufe mit 3 märkischen Groschen belastet wird. Die Quotisation ist dieselbe wie bei den anderen Steuern.

Wichtiger als diese Steuerbewilligungen war der finanzpolitische Erfolg, den Joachim durch die Verlängerung der Bierziese für sich und seine nächsten Nachkommen auf Lebenszeit davontrug. Joachim hatte schon vor diesem Ereignis verschiedentlich eine Verlängerung nachgesucht.³¹⁾ Diese Steuer scheint ununterbrochen gezahlt worden zu sein. Die Herrentage von 1503, der Rat von 1505 erörtern und beschließen die Organisation ihrer Erhebung. Die Städte waren in erster Linie von ihr betroffen. Für das Verhältnis des Fürsten zu seinen Städten ist nun von politischer Bedeutung, wie Joachim es durchsetzte, daß dieser Stand ihm ein so außerordent-

liches Zugeständnis machte. Er wandte sich nicht an die Städte als Stand, sondern verhandelte mit jeder einzelnen von ihnen besonders. 1511 wurden die Verhandlungen eröffnet, 1513 kamen sie zum Abschluß³²⁾ Die altmärkischen Städte waren wohl in Erinnerung an die Folgen, die ihr Widerstand gegen die erste Einführung der Steuer unter Markgraf Johann für sie gehabt hatte, diesmal die Ersten, die auf Joachims Forderung eingingen.³³⁾ Besondere Entschädigungen wurden den Städten nicht gewährt. Sie hatten bei dieser indirekten Steuer den bereits traditionellen Vorteil, den dritten Teil des Ertrages für sich behalten zu dürfen. Von jeder Tonne Bier sollten 12 ſ gesteuert werden. Vierteljährlich hatten die Städte die einkommenen Summen samt den Registern an die kurfürstliche Kammer abzuliefern und zwar „auf eigene Kosten und Zehrung“. Versäumung des Termins sollte mit 10 Gulden Strafe belegt werden. An dieser Steuer waren die Oberstände mit interessiert. Es ist nun charakteristisch, daß nicht die Hauptbeteiligten, sondern die Mitbeteiligten in dieser Sache zu einem Landtag versammelt werden.³⁴⁾ Als Entgelt dafür, daß durch die Perpetuierung der Steuer auch Prälaten und Adel an notwendige Verzicht, von denen wir noch hören werden, dauernd gebunden waren, erhalten sie das Recht, die gleiche Steuer in ihren Mediatstädten von ihren Untertanen zu erheben. Wegen dieses Rechtes kommt es 10 Jahre später noch einmal zu Auseinandersetzungen³⁵⁾ zwischen Fürst und Adel. Joachim verbietet dem Adel, von seinen städtischen Untertanen weniger Biergeld zu erheben, als es die Ordnung bestimme. Der Adel entschuldigt sich mit der Rücksicht auf die Armut seiner städtischen Untertanen; das ist eine Ausrede, da der Adel bei solchen Maßnahmen seinen Vorteil fand. Denn das Bier, das in den Mediatstädten gebraut wurde, war durch die niedrigere Steuer billiger und wurde infolgedessen von den umliegenden Dörfern dem Bier der kurfürstlichen Städte vorgezogen. Der größere Konsum verursachte so eine Erhöhung der Steuererträge, im Verhältnis zu der

der niedrigere Ansatz nichts zu sagen hatte. Hier stoßen wir bereits auf den wirtschaftlichen Gegensatz, in den der Adel durch diese indirekte Steuer, die auf den Städten lag, zu den Fürsten sowohl wie den Städten gedrängt wurde. Adel und Prälaten selbst genossen Braufreiheit für ihren eigenen Haushalt, aber es war ihnen verboten, ihre Bauern und Krüger mit selbstgebrautem Bier zu verlegen oder selbst Bier zu verkaufen.⁸⁶⁾ Auch sollten sie auf ihre Untertanen keinen Zwang ausüben, sondern es sollte jedermann freistehen, das Bier zu holen, wo es ihm beliebte. Die Bauern selbst durften kein Bier brauen, ebensowenig die Krugbesitzer in den Dörfern, falls sie nicht ein altes Gewohnheitsrecht nachweisen konnten: „Damit die Stette an Irer Policey nicht geschwecht und unsern gnedigsten Herrn an dem Birgeld kein abgang geschee.“ Joachim hat trotz aller Versuche der Oberstände, eine Änderung herbeizuführen, nachdrücklich an dieser Bestimmung festgehalten.

Indirekte Steuern veranlassen naturgemäß wirtschaftliche Maßnahmen, die die nachteiligen Wirkungen der Steuer für die Produktion des Steuerobjektes abschwächen sollen. Zu diesem Zwecke wurde das Brauwesen ein Monopol der Städte, und der Adel erhielt allein die Konzession der Braufreiheit für den eigenen Haushalt. Diese Steuerpolitik beförderte zugleich die Ausgestaltung der feudalen Gesellschaftsgliederung zu einer wirtschaftlichen, eine Entwicklung, die durch die Accise im Zeitalter des Absolutismus auf ihre Höhe gebracht wurde. Der Adel wird zu einem Berufsstande, der von der Landwirtschaft lebt, und zwar im Großbetriebe. Die Entwicklung des Großbetriebes war wesentlich abhängig von wirtschaftlichen Privilegien, die dem Adel den Handel mit agrarischen Produkten gestatteten, und in noch stärkerem Maße von dem Ausbau der patrimonialen Gutsherrschaft. Die in dieser Richtung liegenden Forderungen werden immer wieder von dem Adel auf den Landtag erhoben, und Joachim hat ein weitgehendes Verständnis für ihre innere Notwendigkeit bewiesen. Im Interesse der Kornausfuhr des Adels war seine

Freiheit von den vielen Binnen- und Wasserzöllen erforderlich. Joachim hat diesbezüglichen Wünschen nie widerstanden³⁷⁾. Auf dem ersten Ständetag des Jahres 1527 wurden die Zollfreiheiten ausführlicher geregelt, und man hat im Prinzip seitdem an diesen Bestimmungen festgehalten³⁸⁾. Die Ausfuhr von eigenem Korn sowohl wie von den Pächterträgen sollten Prälaten und Adel frei von allen Landzöllen gebrauchen. Die Prälaten wurden 1534 prinzipiell auch von den Wasserzöllen befreit, während der Adel mit den Wasserzöllen nur da nicht belastet werden sollte, wo er von Alters her nichts gegeben hatte. Für den Vertrieb von Holzflößen, Dielen, Sägeblöcken und Klappholz sollte wie bisher gezollt werden. Gleichzeitig wurden auch Bestimmungen über die Einfuhr getroffen. Hier galt der gleiche Grundsatz wie über die Braufreiheit des Adels. Was Prälaten und Adel an Fischen, Bier, Fleisch etc. für den eigenen Haushalt einfuhrten, sollte zollfrei sein³⁹⁾. Es war nun aber nicht die Absicht Joachims, daß der Adel an sich zu einem Handel treibenden Stand würde: „So aber Prälaten oder Adel über ihre Ernte oder Pächterträge Kaufmannschaft trieben, mag derselbe auch Kaufmannsbürde tragen und die gewöhnlichen Zölle geben, das die Landschaft auch also angenommen und wohl zufrieden“⁴⁰⁾. Er begünstigt nur ihre landwirtschaftliche Position, die Erleichterung für den Export der agrarischen Produkte im Interesse des Großbetriebs verlangte. Das Korn des Bauern gehörte dem städtischen Markt. In der Verordnung,⁴¹⁾ „welcher Gestalt die Kornausfuhr denen vom Adel vergönnet, den Bauern aber verboten sei“, von 1535 erklärte Joachim II. mit Rücksicht auf die Verfügungen seines Vaters, daß der Adel kein Korn von den Bauern für den Handel außer Landes an sich bringen solle, „sondern die Bauern sollen ihr Korn in die nächste unserer Städte zu Märkte bringen“. Der Gesichtspunkt des Allgemeinwohls ist es auch, von dem aus zu Zeiten einer allgemeinen Teuerung Ausfuhrverbote erlassen werden. Weil aber solche Verbote das Wirtschaftsleben des Adels stark beeinträchtigen, hat er es durchzusetzen gewußt, daß solche

Verbote nur mit seinem Rat erlassen wurden. Sie wurden dennoch zeitweise umgangen, was den Kurfürsten 1523 zu schweren Vorwürfen veranlaßte,⁴²⁾ deren Berechtigung die Stände anerkannten. 1527 hatte Joachim sich verpflichtet, Ausfuhrverbote nur mit Rat „etzlicher von der Landschaft“ zu erlassen.⁴³⁾ Er war also nicht an den Landtag gebunden. Die Ausfuhrverbote von 1524 sind dennoch mit Zustimmung eines Landtags erlassen worden.⁴⁴⁾ Das lag schließlich doch im Interesse einer genaueren Beobachtung dieser Verbote, die wieder und wieder eingeschärft werden mußte.⁴⁵⁾

Die wirtschaftlichen Interessen des Adels verlangten nun, wie schon angedeutet, den Ausbau der patrimonialen Gutsherrschaft. Es handelte sich um zwei Hauptforderungen des Adels. Erstens um die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte, von der jeder größere Betrieb abhängig war, und zweitens um die obrigkeitliche Gewalt über die Arbeitenden, die die notwendige Disziplin schaffte. Da ein untertäniger Bauernstand noch nicht in genügender Masse vorhanden war, mußte mit gemieteten Knechten gearbeitet werden. Die frühesten ständischen Wünsche denen wir begegnen, betreffen daher das Mietsverhältnis. 1484⁴⁶⁾ fordern die Adligen, daß niemand des andern gemieteten Knecht, der aus seinem Dienst tritt — das heißt entläuft — wissentlich aufnehmen soll; und würde ihn sein Herr fordern, so solle man ihn folgen lassen und nicht vorbehalten oder verteidigen. Und weiter halten sie für notwendig, daß man für die Ackerknechte einen „gesetzten lon“ habe, also den Lohn einheitlich durch eine Ordnung regele, da die Knechte „so groß lon haben wollen und fordern, daß der gemein Adell und Bauern darüber dy leng verderben müssen“. Ob dieser Forderung damals nachgegeben wurde, wissen wir nicht. Auf dem Landtag von 1518⁴⁷⁾ wird das Lohnwesen von Grund aus geregelt, und zwar den Verhältnissen angemessen nicht einheitlich für die ganze Mark, sondern nach den territorialen Besonderheiten für die einzelnen Teile⁴⁸⁾. Die allgemeinen Regeln, auf einander mit dem

Gesinde Rücksicht zu nehmen, werden wiederholt. Keiner soll dem andern sein Gesinde „abmieten noch abziehen, dieweil es in seinem Dienst ist.“ So groß war die Leutenot in jenen Zeiten, daß Luther die absolut gebotene Rücksicht der Herrschaften auf einander in die Erklärungen der christlichen Gebote aufgenommen hat. Um so mehr war der Adel auf die Dienste der untertänigen Bauern angewiesen. Nun war diese Erbuntertänigkeit aber erst fester zu begründen. Das größte Hindernis bestand in der Freizügigkeit der Bauern. Der Bauer mußte an die Scholle gebunden werden; aber die allgemeine Durchführung dieses Zwanges ist den Ständen erst unter der Regierung des zweiten Joachim gelungen.⁴⁹⁾ Die Landtage unserer Epoche schufen dagegen schon den Gesindedienst der Bauernkinder, indem man 1518 zunächst nur bestimmte daß Dienstboten sich nicht vermieten dürften, ehe sie sich nicht denen, darunter sie gesessen und geboren wären, zu Dienst angeboten hätten. Erst nach 2 oder 3 Jahren soll ihnen frei stehen, sich anderswo zu verdingen. Aber schon 1534 heißt es⁵⁰⁾ „welche Untertanen in unsern Landen Kinder haben, die sie zu ihrer selbst Arbeit nicht bedurften und zu Dienst bringen wollen, sollen sie vor allen ihrer Herrschaft die zu Dienst anbieten und zu Dienst gönnen umb billig Lohn, wo aber die Herrschaft der nicht bedurffe, alsden mag er die nach seinem Gefallen bey andern in Dienste bringen.“ Die Bauernkinder sind noch nicht an sich zum Dienst gezwungen, aber die materielle Notwendigkeit zum Dienst bestand für sie, und sie dürfen sich nicht frei verdingen, sondern müssen sich der Herrschaft um einen billigen Lohn anbieten. Von hier aus ist zum Gesindedienstzwang der Bauernkinder nur noch ein Schritt. Man kann den älteren brandenburgischen Historikern nicht beipflichten, wenn sie Joachim einen Bauernfreund⁵¹⁾ nennen. Wer wie er den Zug der Zeit verstand, konnte sich nicht humanen Gefühlen hingeben. Die sozialen Ungerechtigkeiten waren eine Notwendigkeit des neuen Wirtschaftssystems. Jene Urteile stützen sich mehr auf die Unparteilichkeit Joachims als Richter, als der er oft

genug bekannt hat, Armen und Reichen gleiches Recht schuldig zu sein.

Die andere Forderung, die im Interesse der Guts- herrschaft lag, betraf die Stärkung und den Ausbau der patrimonialen Polizei- und Gerichtsgewalt. Die Beschlüsse des Landtags von 1518, auf dem eine Polizei- ordnung erlassen wurde, stellen die erbuntertänigen Bauern unter scharfe polizeiliche Kontrolle ihrer Guts- herrschaften: „Es mag auch ein jeglicher Teil von unser Landschaft die Ihren, darüber sie Obrigkeit und Gericht haben, ob in vorherührten Artikeln von den Ihren Übertretung geschehen, selbst nach vorherührter Maaß strafen, damit wir als der Landesfürst nicht verursacht, selbst zu strafen.“⁵²⁾ Während aber die Städte die Hälfte der polizeilichen Straf- gelder an den Landesherrn abführen müssen, darf der Adel die vollen Summen behalten. Die Land- tage von 1527 sorgen ferner dafür, daß die patrimoniale richterliche Gewalt der Guts- herrschaften respektiert werde. Die Bauern gehören als Beklagte in erster Instanz vor die patrimonialen Gerichte. Die Herrschaften erhalten das Recht, einen Prozeß, der gegen ihre Untertanen bei einem der oberen Landesgerichte anhängig gemacht wird, abzu- fordern, und erst, wenn vor ihrem Gericht das Recht nicht zu Stande kommt, mag der Kläger mit der Appellation an die Land- gerichte gehen.⁵³⁾ Auf dem zweiten Landtag dieses Jahres von Fraunceisc⁵⁴⁾ wird die Stellung der patrimonialen Gerichte als der ersten zuständigen Instanz für die beklagten Bauern noch weiter gestärkt, indem verfügt wird, daß jeder Richter schuldig sein soll, auch ohne Abfordern durch die Herr- schaft des Beklagten die Sache auf sechs Wochen abzu- weisen und den Kläger mit einem „schriftlichen Schein“ an des Beklagten „Herrschaft oder Gerichte, darunter er gesessen, zu verweisen“. Andererseits müssen die patri- monialen Gerichte binnen sechs Wochen in der Sache zum Rechten verhelfen. Geschieht das nicht, dann mag der Kläger „seines Gefallens weiter Rechtens an gebürlichen Orten suchen“. Endlich war es noch die Rücksicht auf die Autorität der patrimonialen Obrigkeiten, von der aus

das Verfahren in Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Untertanen geregelt wurde. Auch in dieser Frage brachte das Jahr 1527 die Entscheidung. Zwar hat Joachim um der Gerechtigkeit willen die Rechtslage der Bauern als klagender Partei nicht absolut und unveränderlich festgestellt: „Was das Geleit der Bauern belanget,“ sagte er, „so werde er sich in dem als der Landesfürst wohl wissen zu halten“. Dennoch sagte er dem Adel zu, „keinen Bauern, ehe dann des Edelmanns Antwort gehört, nicht zu geleiten, doch daß der Bauer mittlerzeit der Verhör von seinem Herrn ungefährdet bleibe“. ⁵⁵⁾ Korn deutet diesen Satz wohl richtig, dahin, daß Joachim gewillt sei, keine Klage der Bauern gegen die Gutsherren einzuleiten, bevor nicht diese selbst vertraulich verhört worden wären, und daß er nur dann, wenn er diese Erklärung des Rittergutsbesitzers für ungenügend halte, den Rechtsweg gestatten wolle. Der Bauer aber soll während dieser Verhandlung von dem Herrn nicht drangsaliert werden dürfen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Erschwerung der Appellation, für die alle Stände gleichmäßig eintreten, ⁵⁶⁾ besonders aber war es das „mutwillige Appellieren“ der Bauern, gegen das freilich die folgende Regierung noch schärfer vorging, als die Joachims I. ⁵⁷⁾

II. Kapitel.

Die Privilegien der Stände.

In einer allgemeinen Erörterung über die ständischen Privilegien versuchen wir nun, die rechtliche Grundlage der Beziehungen zwischen Fürstentum und Ständen aufzuweisen, wobei es sich übrigens nur um die öffentliche, nicht um die private Seite dieser Privilegien handeln soll. Wir verhehlen uns dabei nicht die schweren Bedenken, die einem solchen Verfahren im Wege stehen. Jene Zeit wußte noch nichts von der vollkommenen Lösung des Problems, ein Rechtsverhältnis zwischen Herrscher und Volk festzulegen, wie sie das konstitutionelle Zeitalter in den geschriebenen Verfassungen gefunden hat. Nur ein Teil der Rechte, die diese Beziehungen regelten, war in den Verbriefungen der ständischen Privilegien fixiert, und in nicht geringem Umfang beruhte das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Fürst und Ständen auf Gewohnheitsrecht. Es ist trotzdem notwendig, den verbrieften Privilegien der Stände eine besondere Darstellung zu widmen, weil sie in gewissem Sinne das Zentrum bedeuten, um das sich die Masse der Rechtsverhältnisse gruppiert. Hat doch diese Bedeutung des geschriebenen oder verbrieften Rechts bereits jene Zeit anerkannt. In dem Revers von Visitatio Mariae 1527 sagt Joachim: „Was Markgrafs Albrechts Kurfürsten und seiner kurfürstlichen Gnaden Söhne Markgraf Hans und Markgraf Friedrich löblicher und seliger Gedächtnis Siegel und Briefe belanget, nachdem seiner kurfürstlichen Gnaden der Buchstabe desselbigen Briefes nicht auflegt, denselben zu verneuern oder zu konfirmieren, hat sich seine kurfürstliche Gn. des auch nicht unbillig beschweret oder schuldig zu tun befunden“. ¹⁾ Wir

glauben also nicht ungeschichtlich zu verfahren, wenn wir im folgenden die Verbriefungen ständischer Rechte als die allgemeine Rechtsgrundlage der besonderen tatsächlichen Verhältnisse behandeln.

Diese Rechte haben sich in ihren Grundzügen überall gleichmäßig in den Territorien entwickelt. Indem ihnen bestimmte Verpflichtungen des Landesherrn entsprechen, beschränken sie die Landeshoheit des Fürsten, sein Hoheitsrecht in der Regierung und Verwaltung, sein Recht über Krieg und Frieden, die Steuerhoheit und die Gerichtshoheit. Andererseits verbürgen sie den Ständen die prinzipielle Steuerfreiheit und damit das Steuerbewilligungsrecht, die Teilnahme an der Regierung und Verwaltung und andere Rechte, und stellen so eine staatsrechtliche Grundlage ganz anderer Art dar, als die, auf der die Souveränität des absoluten Staats sich später aufbaut. In diesen Privilegien liegt der Keim des Dualismus, der die ausgewachsenen territorialen Staatsgebilde charakterisiert.

Im Anschluß an Gneist könnte man eine Dreizahl ständischer Rechte annehmen, die sich freilich nicht gleichmäßig für alle deutschen Territorien nachweisen lassen: Das Petitionsrecht, das Steuerbewilligungsrecht und das Recht auf Teilnahme an der Gesetzgebung. Das Recht, die Landes-Beschwerden und -Wünsche (Gravamina und Desideria) vorzutragen, ist auch in Brandenburg vorhanden, wenn es auch zur Zeit Joachim I. noch wenig ausgebildet erscheint. Ganz fest steht das Recht der Steuerbewilligung, während das Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung nur ein unsicheres und bedingtes Dasein hat. Wir könnten diesen Rechten noch das der Teilnahme an der Regierung und Verwaltung, sowie das Indigenatsrecht hinzufügen. Es geht aber nicht an, diese fünf Rechte logisch zu koordinieren. Das Steuerbewilligungsrecht z. B. ist gewissermaßen die Voraussetzung für die anderen Rechte und das Indigenatsrecht wieder stellt nur eine Form dar, in der sich das Recht auf Teilnahme

an der Verwaltung auswirkt. Wir versuchen anstatt einer begrifflichen Klassifikation dieser Rechte, die wenig fruchtbar wäre, ihren historischen Zusammenhang aufzuzeigen.

Die Ritterschaft ist in der Mark Brandenburg wie in allen deutschen Territorien der Kern der ständischen Bildungen, und die Verpflichtung der Vasallen zu *servitium* und *consilium* ist, wie es scheint, auch der Ausgangspunkt der ständischen Berechtigungen geworden, die ja überall aus ursprünglichen Pflichten hervorgewachsen sind. Das *Servitium* umfaßt mit der kriegerischen auch die finanzielle Hilfe, die Steuer, deren Bewilligung zu einem der ständischen Grundrechte wird. In dem *Consilium* aber, der Verpflichtung zur Raterteilung, wurzeln die Anfänge der ständischen Rechte zur *Petition* und zur Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung. Indem der Landesherr die Mitarbeit seiner Vasallen auf Grund der Ratspflicht in Anspruch nahm, entstand eine gewohnheitsrechtliche Betätigung der Stände in der Verwaltung des Landes, die, wenn die Stände sie in ihrem eigenen Interesse wünschten, zu einem rechtlichen Anspruch ihrerseits führte, zu den Regierungsgeschäften herangezogen zu werden. Gerade unter Joachim I. findet diese Doppelseitigkeit des Verhältnisses noch ihren Ausdruck. Joachim I. betont seinerseits stark die Verpflichtung der Stände zur Teilnahme an den Landesgeschäften, die das Lehensverhältnis ihnen auflegt. Die Teilnahme an den Landtagen wird von ihm in erster Linie als eine Pflicht der Stände aufgefaßt; und unter ihm beschwert sich andererseits der Adel zum ersten Mal, daß seine Stimme in den Angelegenheiten des Landes nicht gehört werde.²⁾

Völlig zum Durchbruch kommt dieses Mitberatungsrecht der Stände aber erst vermitteltst des Steuerbewilligungsrechtes. Das Steuerbewilligungsrecht hat zur Voraussetzung die prinzipielle Befreiung des Adels von der alten Bede, wie sie in den Bedeverträgen von 1280/81 festgesetzt war. Aber eine lehenrechtliche Verpflichtung zur Leistung von Zahlungen blieb bestehen. Sie erstreckte sich zwar

eigentlich nur auf die sog. „Not- und Ehrenfälle“, aber die Forderungen des Landesherrn gingen weiter und ebenso die moralische Verpflichtung der Landstände, ihm zu helfen. Auf dieser Grundlage entwickelte sich das Steuerbewilligungsrecht, das wieder, indem die Bewilligung an Bedingungen geknüpft wurde, mit den anderen Rechten in einen gewissen Zusammenhang kam. Doch ist von Bedingungen dieser Art unter Joachim I. noch wenig die Rede.

Das Organ zur Ausübung der ständischen Rechte ist der Ständetag in seinen verschiedenen Formen, wie wir sie oben kennen gelernt haben. Seine Befugnisse entsprechen im Allgemeinen den ständischen Privilegien, deren Wurzeln wir in dem Vasallitätsverhältnis glaubten erkennen zu können. Von den Landtagen ist auch eine Verbriefung einiger Rechte erlangt worden.

Es ist schon erwähnt, daß das Steuerbewilligungsrecht am frühesten seine Verbriefung gefunden hat. Die Rechte auf Petition und Teilnahme an der Gesetzgebung waren nicht allgemein verbrieft. Sie beruhten, soweit sie entwickelt waren, zum größten Teil auf Gewohnheitsrecht. Die Stände übten das Petitionsrecht in der Form der ständischen Gravamina. Diese haben sich erst sehr allmählich zu der Bedeutung durchgerungen, die sie in so weitem Umfange bei den Landtagsverhandlungen Joachims II. genießen. In früherer Zeit und auch noch im Anfang der Regierung Joachims I. gibt es eigentlich keine Gravamina. Diese Institution findet einen Ersatz in der Einrichtung der sog. „Ratschläge“, die wir bereits kennen gelernt haben. Auf die Proposition, die der Landesherr persönlich vorbringt, entwerfen die Stände eine Antwort, die über den engen Rahmen der kurfürstlichen Fragen und Vorschläge hinauswächst und inhaltlich auch ihre ständischen Wünsche und Beschwerden umfaßt, die sich später zu den Gravamina der Stände umgebildet haben. Erst allmählich scheiden diese Beschwerden aus den Antworten aus und stellen auch formal ein Stück für sich dar, das dem Kurfürsten als selbständige Gegenforderung, die die Bedingung für das Eingehen auf seine Propositionen

darstellt, überreicht wird. Die undatierten Landtagsakten, die wir vor das Jahr 1513 einreihen mußten, gewähren einen interessanten Einblick in diesen Ausscheidungsprozeß. Da haben wir das Protokoll eines solchen Ratschlags der Adelskurie, in dem es als zweiter Punkt heißt: „item der Adell hat auch ettlich beswerd, die wollen sie verzeichnen lassen der verhoffnung, unser gtr. u. g. (d. h. gnädigster u. gnädiger Herr) werden dar Insehen“. Nun folgen die einzelnen Punkte, in denen sich der Adel beschwert fühlt. Für denselben Landtag scheinen die Städte, die wir übrigens niemals als Teilnehmer der „Ratschläge“ nachweisen können, besondere Gravamina eingereicht zu haben. Gravamina von der Art, wie sie später üblich wurden, sind unbedingt sicher erst für den zweiten Ständetag des Jahres 1527 anzunehmen, in dessen Rezeß es heißt: „Was belanget die Artikel, so vom Adel übergeben“. Der Ausdruck Gravamina kommt in unseren Akten urkundlich nie vor.

Ebenso unbestimmt, wie das Petitionsrecht, war das Gesetzgebungsrecht. Wir ersetzen den Ausdruck vielleicht besser durch Beschlußfassungsrecht. Auf den Landtagen wurden faktisch oft Beschlüsse gefaßt, aber ebenso häufig dienten sie dem Kurfürsten nur zur Verkündigung einseitig beschlossener Gesetze und Regierungsmaßnahmen. Ein Brief an den Landrichter der Uckermark³⁾ berichtet, daß Joachim den Ständen auf einem gemeinen Landtag seine Ordnung wegen der geistlichen Gerichtsbarkeit habe verkündigen lassen, wie der Richter „aus eingeschlossener Zettel vernemen“ möge, „die inen uff dem Landtag gelesen ist“. Und noch 1542 beklagen sich die Stände, daß die Reformation des Kammergerichts zwar auf dem Landtag von 1540 verlesen, aber die Stände um ihre Zustimmung nicht einmal er- sucht worden wären. Mit einigem Grund kann man behaupten, daß die Landtage für Joachim I. oft nur formale Bedeutung gehabt haben, daß er in ihnen gewissermaßen eine Resonanz oder ein Echo gesucht hat. Zweifellos ist dennoch gewohnheitsrechtlich in gewissen Materien ein Beschlußfassungsrecht der Stände respektiert worden. Und

es ist wahrscheinlich, daß, wie v. Below⁴⁾ allgemein annimmt, auch in der Mark hauptsächlich Regierungsmaßnahmen, die in die individuelle Rechtssphäre der Stände eingriffen, gewohnheitsrechtlich einer ständischen Beschlußfassung unterworfen wurden. Für zwei Materien läßt sich das nachweisen: Münzordnungen wurden immer mit Rat der Stände erlassen, und für Ausfuhrverbote ist den Ständen schließlich sogar die Einholung ihrer Zustimmung verbrieft worden.⁵⁾ So hat dieses Beschlußfassungs- oder Gesetzgebungsrecht der Stände im Gegensatz zu dem Recht auf Teilnahme an der Regierung und Verwaltung keine allgemeine Verbriefung, sondern nur eine Spezialverbriefung in beschränktem Umfange erhalten.

Wir wenden uns nun der Untersuchung des Steuerbewilligungsrechtes und des Rechtes auf Teilnahme an der Regierung und Verwaltung zu. Gerade sie stehen in besonders engem Zusammenhang, insofern das letzte Recht, wie schon erwähnt, seine Fixierung kraft des Steuerbewilligungsrechtes erzwungen hat. Und so empfiehlt sich die Geschichte des Steuerbewilligungsrechtes voranzustellen.

Bevor wir nun aber mit der Darstellung der Geschichte dieser beiden letzten Rechte beginnen, sei noch eine Abschweifung erlaubt, die die besonderen Schwierigkeiten jenes allgemeinen Rechtes auf Teilnahme an der Regierung und Verwaltung gewissermaßen a priori erörtert und in der Betrachtung der endlichen allgemeinen Verbriefung, die Joachim II. den Oberständen 1540 ausgestellt hat, veranschaulicht. Eine wirkliche Übung des Rechts auf Teilnahme an der Regierung hätte die Einrichtung einer besonderen und zwar einer dauernden ständischen Organisation notwendig gemacht. Dazu gab es zwei Wege; von denen wenigstens der eine oder der andere, wenn nicht beide beschritten werden mußten: entweder die Einsetzung eines landständischen Ausschusses oder die Einrichtung ständischer Behörden, die einen Teil der Landesverwaltung selbständig übernahmen. Diesen letzten Weg haben die Stände schließlich mit der Schaffung eigener Steuerbehörden

gewählt. Die Verpflichtungen, die aus solchen Organisationen den Ständen erwachsen, waren ihnen aber doch so lästig, daß nicht nur der Widerstand der Landesherrn, sondern sie selbst Schuld daran sind, wenn das Recht auf Teilnahme an der Regierung erst so spät zur Verwirklichung gelangte. Ohne eine entsprechende Organisation schwebte dieses Recht sozusagen in der Luft. Diesen Umstand müssen wir berücksichtigen, wenn wir den Wert allgemeiner Verbriefungen des Rechts auf Teilnahme an der Regierung richtig einschätzen wollen. Wir veranschaulichen diese Erwägungen zunächst von der Verbriefung aus, die Joachim II. gewährt hat, und die den Abschluß der Entwicklung des Rechts unter seinem Vorgänger darstellt.

Die Verbriefung erfolgte auf dem Landtag vom März 1540, der der Regelung der finanziellen Verhältnisse Joachims II. gewidmet war, und sie ist als Entschädigung für die Übernahme der landesherrlichen Schulden anzusehen. Der junge Kurfürst versprach den Oberständen, er wolle keine wichtige Sache, daran der Lande Gedeih oder Verderb gelegen, ohne gemeiner Landstände Vorwissen und Rat beschließen oder vornehmen, sich auch in kein Bündnis, dazu die Untertanen oder Landsassen gebraucht werden müßten, ohne Rat und Bewilligung gemeiner Landräte begeben.⁷⁾ Dieses Privileg gliedert sich in zwei besondere Konzessionen. Es darf nicht so verstanden werden, als enthalte der zweite Satz nur die Konkretisierung der allgemeinen Fassung des ersten. Der Revers stellt die Antwort des Kurfürsten auf zwei besondere Artikel der von der Ritterschaft eingereichten Gravamina dar, die als dritte und vierte Artikel auch besonders gezählt werden. Da der zweite Satz die wichtigsten Angelegenheit der äußeren Politik betraf, so dürfen wir vermuten, daß die erste Forderung sich auf die Teilnahme an der Verwaltung der inneren Angelegenheiten richtete. Der Revers scheint die Übung des Privilegs in der Bindung des Kurfürsten an die Landtage zu suchen. Das hätte aber deren Permanenz oder doch die eines Ausschusses bedingt. Dazu hat man sich aber erst 10 Jahre später verstanden.

Selbst ein permanenter Ausschuß lag nicht im Interesse der Stände, die die Belästigung dieser Institution für den einzelnen sehr unangenehm empfunden hätten. Dachten sie doch schon auf Mittel und Wege, die Unannehmlichkeiten, die die Verpflichtung, auf dem Landtag persönlich zu erscheinen, ihnen bereitete, durch eine innerhalb der Geschlechter wechselnde Vertretung zu beseitigen.⁸⁾ Mit dem Fehlen jeglicher Organisation wurde aber der allgemeine Charakter des Reverses sogleich illusorisch. Es ist also wahrscheinlich, daß die Stände enger umgrenzte Absichten hatten, als die Fassung des Reverses aussagt. Hintze hat die fast sichere Vermutung aufgestellt, daß die Stände den Kurfürsten namentlich von dem schmal-kaldischen Bunde abhalten wollten.⁹⁾ Welche besonderen Absichten aber lagen der anderen Forderung zu Grunde? Hierbei erinnern wir uns, daß der Revers allein den Oberständen, d. h. Prälaten und Ritterschaft ausgestellt wurde, nicht den Städten. Die finanziellen Lasten, die die Stände übernahmen, zogen einschneidende wirtschaftliche Bestimmungen nach sich, Monopolisierungen, Zölle, Ein- und Ausfuhrverbote. Diese Materie steht naturgemäß im Vordergrund der Landtagsdebatten, da jeder Stand ängstlich besorgt war, sie so geregelt zu sehen, daß er bei der finanziellen Bürde gewisse Erleichterung und Entschädigung genoß. Es ist wahrscheinlich, daß die Oberstände mit ihren Gravamina sich die Möglichkeit sichern wollten, diese Wirtschaftspolitik zu ihren Gunsten zu beeinflussen, oder doch zu verhindern, daß sie einseitig vom Kurfürsten allein, etwa gar im Sinne der Städte geführt wurde. Und dies engere Ziel haben sie tatsächlich erreicht. So scheinen auch diese allgemeinen Privilegien auf bestimmten Sonder- und Einzelwünschen zweier Stände zu basieren, diktiert von einem Geiste, der dem öffentlichen Interesse bereits fremd geworden ist. Wie stand es aber um die Entwicklung dieser rechtlichen Beziehungen zwischen Fürst und Ständen unter der Regierung Joachims I.? Seinem Nachfolger gegenüber hatten die ständischen Bestrebungen einen schnellen

Abschluß erreicht. Der ständische Dualismus hatte sich überraschend plötzlich, nicht nur in der rechtlichen Fixierung, stärker noch in der Gesinnung manifestiert. Hüten wir uns, diese Eindrücke auf das Zeitalter Joachims I. ohne weiteres zu übertragen, denn dieses ist eben eine Übergangsepoche.

Das grundlegende Recht der Stände auf Steuerbewilligung war unter Joachims I. Regierung von seiner Seite anerkannt. Aber die Erinnerung dieser Zeit weiß nichts davon, daß diese Eroberungen in den Bedeverträgen von 1280/81 gemacht wurden. Sie weiß nichts von den landesherrlichen Zugeständnissen der Bayern und Luxemburger. Mit den Hohenzollern hatte sich eben eine staatliche Neubildung vollzogen. Die von Albrecht Achilles zugestandenen Privilegien sind es, auf die sich Joachim bezieht.¹⁰⁾ Auf ihr „Ersuchen und Bitten“ hatte Albrecht die Stände begnadet, daß sie hierfür der Landbede frei wären.¹¹⁾ Durch ihn schien also erst die ständische Steuerfreiheit begründet. Freilich ist diese Steuerfreiheit niemals absolut geworden. Albrecht nahm ausdrücklich die drei schon erwähnten Not- und Ehren-Fälle aus, in denen die Stände, wie sie damals und zu allen Zeiten anerkannten, zu steuern verpflichtet waren. „So wir eine treffliche Niederlage nehmen, durch uns oder die unsrigen oder in einen Landkrieg kommen, mit Rat von Prälaten, Herren, Mannen und Städten“ oder schließlich für die Aussteuer einer Prinzessin hat Kurfürst Albrecht sich und seinen Nachkommen die Steuerhoheit gewahrt. Doch verpflichtete er sich, die Steuer nicht ohne Rat der Stände auszusprechen. Von Wort zu Wort gleichlautend kehren diese Privilegien in den Landtagsrezessen von 1524 und 1534 wieder. Damit ist auch von Joachim die Freiheit der Stände von außerordentlichen Steuern, ihr Steuerbewilligungsrecht zugestanden. In dem Revers¹²⁾ vom 8. X. 1527 finden wir zudem die Erklärung, daß die Steuer von den Ständen „aus keiner schuldigen Pflicht, sondern aus Gutwilligkeit uns zu sonderem Gefallen“ bewilligt sei. Der Kurfürst wolle auch aus dieser ein-

maligen Bewilligung ihnen, ihren Erben und Nachkommen „keinen eingang noch pflicht geben noch einführen“ sondern werde die Briefe Markgraf Albrechts respektieren.

Der Wortlaut dieser Privilegien umschließt zugleich gewisse Konzessionen, die den Ständen eine Einwirkung auf die Regierung sichern. Sie betreffen auswärtige und innere Angelegenheiten. Die Stände sind nur bereit zu steuern für einen Krieg, in dem der Kurfürst der angegriffene Teil ist, oder den er mit ihrem Rat unternommen hat. Das Recht über Krieg und Frieden wird ihm nicht an sich bestritten, aber ohne die Voraussetzung finanzieller Beihilfe der Stände verlor es jede Bedeutung. Diese allerdings alleinstehende Beschränkung antzipiert den wichtigsten Punkt des Reverses von 1540 und nimmt diesem viel von der einseitigen und übertriebenen Bewertung, die er bisher genoß. Ebenso enthalten diese Privilegien bereits die Anfänge jener Zugeständnisse, die wir in dem Revers von 1540 bezüglich der Teilnahme der Stände an der Verwaltung vermutet hatten. Auch in den Fällen, in denen sich die Landesherren ein Besteuerungsrecht vorbehalten hatten, wollten sie die Steuer doch nicht ohne Rat der Stände erheben, der natürlich den wirtschaftlichen Folgen der finanziellen Maßnahmen galt.

Aber diese Rücksicht auf die Stände verstand sich in gewissem Sinne von selbst. Es waren schwererwiegende Selbstbeschränkungen, die die Stände von ihrem Kurfürsten in seiner Finanzverwaltung forderten. Sie stehen naturgemäß in engstem Zusammenhang mit den Steuerbewilligungen.

Kurfürst Albrecht hatte in den Reversen von 1472 und 1473 zugesagt „unsere Schloß, Land und Leute, die wir jetzt haben und sie uns lösen, nicht zu vergeben, verkaufen oder zu versetzen, denn mit Rat der Landschaft“. Diese Verpflichtungen kehren aber niemals wieder und wir entdecken nirgends ein Zeugnis ihrer Beobachtung. Weiter noch ging das Verlangen der Stände, auf dem

Ständetag von 1480.¹³⁾ Sie verfochten, was sie erst 70 Jahre später erringen sollten, eine ständische Organisation der Steuererhebung und -Verwaltung. Für diesen Tag besitzen wir mehrere urkundliche Zeugnisse. Die kurfürstliche Proposition fehlt; aber die mit der Antwort auf diese verbundenen Gravamina der drei Stände und der kurfürstliche Revers sind erhalten. Die Ritterschaft bittet, „von den landen dartzu zu schicken, die solich gelt einnehmen, und das solichs zu losunge der herrschaft renthen und schuld gegeben werd“. Markgraf Johann aber willfahrt ihnen nicht. Die Gründe, die er für seine Ablehnung vorbringt, sind durchaus anzuerkennen. Die Geschichte der ständischen Steuerverwaltung hat ihm recht gegeben. „Wann es die manschaft selbst eynnemen solt, wollen sie den unwillen gegen den (sic!) leut, die sie geben sollen, nicht gern haben, damit wirt meinem gnedigem Herrn die landbeth verzogen und uf bestimbt Zeit nicht ußgericht noch gegeben“. Geneigter erwies sich Johann den Ständen in ihrer Bitte um Einfluß in der Verwaltung der Steuern. Nach dem Revers einigte man sich dahin, daß eine ständische Kommission zur Kontrolle eingesetzt werden sollte. Vor dieser hatten die kurfürstlichen Steuer-einnehmer jährlich Rechnung abzulegen. Ihr Rat war bei der Verwendung der einkommenden Summen zu berücksichtigen, die sich, wie grundsätzlich festgestellt wurde, auf Schuldentilgung beschränken sollte. Die Mitglieder der Kommission wurden von den Ständen gewählt. Es wäre an sich unbegreiflich, daß Johann sich eine so starke Bindung seiner Regierungsgewalt gefallen ließ. Die Namen der Kommissionsmitglieder geben den Aufschluß. Nachweislich sind alle diese ständischen Deputierten landesherrliche Beamte, kurfürstliche Räte:¹⁴⁾ Hans von Bredow, Landvogt der Uckermark; Curt Slaberndorf, Hausvogt; Werner von der Schulenburg, Hauptmann zu Garz; Dr. Nicket Pfuel, Klaus von Arnim und Hans Barfuß. Die drei erstgenannten fungieren nach dem Rechtsspruchregister um diese Zeit wiederholt als Räte im Kammergericht.¹⁵⁾ Daß Markgraf Johann aber seine

Verwaltung an den Rat der vertrautesten Räte band, ist zu selbstverständlich, als daß eine solche Forderung erhoben werden konnte. Diese hat nur Sinn, wenn sie dahin verstanden wird, daß die Räte künftighin neben der Verantwortlichkeit, die sie ihrem Herrn und Markgrafen schuldig sind, sich auch dem Lande verantwortlich fühlen. Die Lockerheit der Organisation, die in einer solchen Personal-Union — wenn das Wort erlaubt ist — begründet liegt, mag die Ursache sein, daß die Kommission eine selbständige kollegiale Existenz nicht behauptet hat. Wir begegnen wenigstens in den Quellen nirgends einem Zeugnis dafür. Weder unter der Regierung Albrechts und Johannis, noch in der Joachims. Daß für dessen Zeit von einer Übernahme der landesherrlichen Schulden durch die Stände keine Rede sein kann, ist bereits nachgewiesen. Von einer Organisation der Kontrolle, die die Stände 1534 über die Einnahme der Steuern geübt haben,¹⁰⁾ wissen wir weiter nichts. Wahrscheinlich hat sich auch diese neue Bildung einer ständischen Aufsichtsbehörde in den alten freien Formen, wie zu Zeiten Markgraf Johannis vollzogen.

Endlich entsprang aus dem Anspruch der Stände auf Teilnahme an der Verwaltung ihr Wunsch, in der Rechtspflege mitzuwirken. Die niedrigen lokalen Gerichte waren zum größten Teil in ihren Händen. Diese Tendenzen richteten sich daher nur auf das Organ der höchsten Rechtsprechung im Lande, das oberste Hof- oder Kammergericht, vor dem die Stände selbst in erster Instanz zu Recht standen. Dies Gericht war ein Gericht des Landesherrn, als des höchsten Richters, und mit seinen Räten besetzt. Indem der Landesherr die Räte an seiner Statt Recht sprechen ließ, konnte, als das Gericht der Räte ein selbständiges Dasein gewonnen hatte, von ihrem Spruch auf dem Wege der Supplikation die persönliche Entscheidung des Kurfürsten angerufen werden. Damit war der Rechtsweg geschlossen, da eine Appellation an die Instanzen des Reichs durch die Privilegien der goldenen Bulle ausgeschlossen war. Das letzte Ziel der ständischen Wünsche

wäre also gewesen, jenes oberste Gericht landesherrlicher Räte in ein Gericht aus Vertretern der Stände umzubilden und die persönliche Rechtsprechung des Landesherrn durch ein ständisch besetztes Oberappellationsgericht zu ersetzen. In der Tat sind Vorschläge in dieser Richtung gemacht worden. Sie gingen aber von einem Einzelnen aus. Im allgemeinen begnügten sich die Stände mit der Bindung landesherrlicher und ratsmäßiger Allgewalt. Auch konnten Wünsche derart erst laut werden, als die Stände sich durch die persönliche Rechtsprechung und den Beamtencharakter des Gerichts beschwert fühlten. Ganz allmählich weckte erst das persönliche Regiment Joachims, das auch seine Rechtspflege bestimmte, den Widerspruch der Stände; und ihre Opposition gegen die Räte erhebt sich erst mit dem stärkeren Eindringen fremder gelehrter Elemente in den Ratskörper. Wir zeigten oben, wie der Charakter des Beamtentums der älteren Zeit durch die gegenseitige Durchdringung ständischer und berufsbeamtenmäßiger Elemente bestimmt war. Indem der spätere Gegensatz, in den die Stände zu den Räten des Kurfürsten treten, zu früh angenommen wurde, sind Vorschläge der Stände zur Reform der Rechtspflege mißverstanden worden. Ja, wer von allem Anfang an den Gegensatz der Stände gegen die kurfürstlichen Räte konstatieren will, findet aus den Widersprüchen der einzelnen Quellen-Zeugnisse nicht heraus. Diese lösen sich, wenn wir bedenken, daß der Gegensatz gegen das ausgeprägte landesherrliche und gelehrte Berufsbeamtentum sich erst allmählich entwickelt hat, ebenso wie der gegen das Übergewicht der persönlichen Rechtsprechung. Wir veranschaulichen diese Entwicklung, indem wir die Quellen in ihrer historischen Folge sprechen lassen.

Ratschläge des Herrentags unter Markgraf Johann vom 2. August 1484: „das seinen furstlichen gnaden ziembt gleich gericht zu halten: was gesprochen wirt, das sein gnad ernstlichen hanthab, das bringt seinen gnaden foreht und gehorsam gen seinen undertanen und dem lande frid und gemach.

Item dy Rete betrachten, wy die land und undertan durch dy Fürsten, dy selbst regirn auß irer personen, mercklichen erhocht und gebessert werden; und nehmen fur augen dy anstoßenden land, dy weniger sind, dann die Marek zu Brandenburg, dy in kurtzen zeiten durch selbst regierung und volg der fursten mercklich gebessert sind. Raten dy Rete, das durch gemeines nutz willen, darzu sein gnad am höchsten verpflichtet ist, seinen gnadn und den gemeinen landen zu nutz das Regiment selbs in dy hant nehme und verlassen sich nicht gantz auff die Rete, angesehen, das dy Rete das gehor und dy volg nicht haben; auch haben dy leut ein scheuen alweg vor den Reten zu handeln; dadurch dy herschafft und land ein abfall gewinnen, das sy von yrem landfursten selbs nicht gehört und außgericht werden; derhalben not wer und bitten dy Rete euern gnad in tapffer und mercklichen sachen, und wo entlich urteil geen solt in großen hendeln, selbst in Reten wer, und die leut, dy seinen gnadn selbs gein zu sprechen, gnediglich horet; das brecht seinen gnadn großen zufall und nutz von seinen und frembden.

Item groß notturft der herschafft und der land erfordert, das eur gnad mit euren teglichen Hofgesind und Reten dy lant allenthalben besichtigte und umbtzoze nach notturft und gebrech der land; das brecht eurn gnadn mercklichen nutz in fellen und leichtigte dy zerung deß steten Hofs, brech ab dy plackerey, rechtvertigte dy gericht, macht und bhielt den gehorsam mitsambt dem nutz, darauß komende, dadurch auch dy arm gemein von den geslechten, Amptleuten, und dy sich der Oberhant underziehen, wider billikeit und recht nicht hingetzozen und verruckt werden“. ¹⁷⁾

Ratschläge auf dem Herrentag nach Reminis- cere 1503: Ordnung der gericht betreffen ist beratslagt, das mein gter. herr durch die husrete auß den frembden ordnungen, in der Cantzley vorhanden, ein aussatzung machen lasse nach gelegenheit dieser lande und schicklichkeit der leut, mit verordnung des Richters, der beysitzer, der procuratores, und war ¹⁸⁾ von mann die halten

mag; und was sich in dem thun¹⁹⁾ ergeen wil, solichs soll man uff nechsten herntag den prelaten und Reten vorhalten, dar in besließlich zu handeln.

Item der belehrung halben so man zu Magdeburg holt. Ist beratslagt, das mein gn. h. gelert und verstendig leut an seiner f. gn. hoff verordene und halt, damit seiner gn. underthan sich belerung an inen erholen mögen, und das gelt, so an den ort gebracht, denselben gegeben werde; das brengt seiner gn. und der herschafft ere und nutz; und das man die belerung zu Magdeburg abstelle“. ²⁰⁾

Aus dem Entwurf der Kammergerichtsordnung von 1516 (?): (Der Entwurf ist nach Holtze aus gemeinsamen Beratungen mit den Ständen hervorgegangen und es ist anzunehmen, daß er die Billigung Joachims gefunden hat. Wir haben also in ihn die Grenze, bis zu der Joachim ständischen Wünschen in der Neuregelung des Kammergerichts entgegenkommen wollte.) „und ordenen wir, das dasselbe mit zwelff personen als beysitzernn, der wir 4 aus unsern retten darzu verordnenen, zwen von wegen unnser prelaten, graven und hern, 4 aus der ritterschafft nehmlich einer aus der Alten, der ander aus der Mittel, der dritt aus der Neuenmark und der vird aus der Pregnitz, und zwen von den stetten wegen gegeben und erweld werden sollen.“ ²¹⁾

In der Sitzung des Landtagsausschusses vom 30. Oktober 1540²²⁾ endlich beschwert sich dieser über die Zahl der am Hof gehaltenen Doktoren und bittet den Kurfürsten, häufiger selbst Audienz zu erteilen statt der kommissarischen Erledigung aller Sachen. Ein analoger Protest gegen die Räte kommt ein Jahr später in den Eingaben etlicher Armer vom Adel zum Ausdruck. ²³⁾

Holtze, dem das Material zum ersten Male vollständig vorgelegen hat, versuchte eine Ausdeutung, mit der ich mich nicht überall einverstanden erklären kann. Es ist eben noch nicht jener dualistische Gegensatz zwischen Landesherrn und Ständen, der die Bestrebungen dieser frühen Zeit beherrscht. Ein aufrichtiges sachliches Interesse,

die Sorge für die „liebe Justiz“ liegt den ständischen Forderungen zu Grunde. Nur aus diesem Gesichtspunkt löst sich der Widerspruch zwischen den beiden ersten Zeugnissen. Der Wandel der Formen, in denen sich der gleiche Wunsch nach Rechtssicherheit ausspricht, erklärt sich durch den Wandel der Zeiten. 1484 sind die Stände für eine Stärkung des persönlichen Regiments. Die Zeit Markgrafen Johann ist für eine Selbständigkeit der Gerichte noch nicht reif; diese genießen an sich noch nicht die nötige Autorität. Sogar Joachim beklagt sich noch, daß die Entscheidungen seiner Gerichte nicht immer respektiert würden. Eine Animosität gegen die gelehrten Räte liegt gewiß nicht vor. Diese waren überhaupt noch durchaus in der Minderzahl.²⁴⁾ Es waren ja Standesgenossen des Adels, die als Räte im Gericht fungierten; indem diese wiederum auf dem Landtag mit saßen, könnte man fast vermuten, daß aus ihren eigenen Erfahrungen die Bitte um erhöhte Teilnahme des Landesherrn an der Justiz hervorgegangen sei.²⁵⁾

Vor allem aber glaube ich, die Auslegung ablehnen zu müssen, die Holtze dem ständischen Wunsch nach einer wechselnden Residenz des Markgräflichen Hofes gegeben hat.²⁶⁾ Indem der Landesherr mit Hofgesinde und Räten fast immer in Köln residierte und nicht mehr die Provinzen bereise, ergebe sich daraus — so referiert Holtze den Text — „einmal eine große Kostenlast für den ständigen Hofhalt, dann aber verschlechterten sich auch die kaum noch kontrollierten Gerichte in den Provinzen. Diese Kosten wären aber doch nur dann geringere geworden, wenn der Fürst seine gelehrten Räte am Hofe abschaffte. Behielt er sie bei und führte er sie auf seinen Reisen, bald in diese bald in jene Provinzstadt mit sich, so mußten die Kosten, deren Minderung erstrebt wurde, im Gegenteil erheblich wachsen. Der Antrag hat demgemäß nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß sich seine Spitze gegen die gelehrten Berufsjuristen am Hofe gekehrt habe. Nicht die Kostenersparnis wurde im Ständeantrag als letzter Zweck angestrebt, sondern sie

sollte als Mittel für den unausgesprochenen — Beschränkung der gelehrten Räte — ebenso benutzt werden, wie die vorhergehende Bitte, daß der Landesherr selbst recht spreche und sich nicht überall auf die Räte verlassen möge“. Dagegen ist zunächst zu erwidern, daß die Stände sich nicht gescheut hätten, ihre Abneigung gegen die gelehrten Räte offen zu äußern, wie sie es 1540 getan haben; daß, wie schon erwähnt, deren Zahl damals nur ganz klein war. Der Text läßt sich nun aber aus seinem Wortlaut durchaus verstehen. Die Stände fordern nicht ein beständiges Umherziehen von Stadt zu Stadt, sondern einen Wechsel der Residenz von einem der landesherrlichen Ämter zum andern. Dieser Wechsel wird notwendig, sobald die Vorräte an jedem Ort verbraucht sind; die Verteuerung der Lebenshaltung durch Einkauf von Lebensmitteln, zu dem man durch die Stetigkeit des Hofes in stärkerem Umfange gezwungen war,²⁷⁾ konnte durch den Wechsel der Residenz verringert werden. Freilich bedingte diese Rückkehr zu der älteren Form der Hofhaltung auch einen einfacheren Zuschnitt. Für einen von Amt zu Amt ziehenden Hof war die Verpflegung einer so großen Anzahl von Menschen, wie sie für eine stete Residenz in jenem Zeitalter der Renaissance gewöhnlich wurde, nicht möglich. Eine Beschränkung des Hofes war notwendig, aber warum sollte diese die wenigen für die Landesverwaltung nicht zu entbehrenden Berufsbeamten treffen. Auch für die Stände war es selbstverständlich, daß diese Beschränkung nur durch Verringerung des zahlreichen ritterlichen Gefolges vorgenommen werden konnte. Ihr Wunsch ist also durchaus berechtigt und ohne Spitzen, weder gegen ihren Herrn noch seine Beamten. Auch den anderen Gründen, die die Stände für ihren Vorschlag geltend machen, kann man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Ein genauerer Eingang der Gefälle, die größere Sicherheit des Landes war von einem Wechsel der Residenz zu erhoffen. Endlich erweist sich ihr rein sachliches Interesse in ihrem Wunsch, die lokalen Obrigkeiten unter schärfere landes-

herrliche Kontrolle gestellt zu sehen: „Dadurch auch dy arm gemein von den geslechten, amptleuten und, dy sich der oberhand underzihen, wider billikeit und recht nicht hingezogen und verruckt werden“. Es ist ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Landesherrn und Untertanen, aus dem diese Gesinnung und Forderung der Stände hervowächst. Noch frei von ständischen Sonderinteressen wirken sie auf eine Stärkung der landesherrlichen persönlichen Gerichtshoheit sogar gegenüber ihrem eigenem patrimonialen Gerichten hin. Landesherr und Stände sind berufen, den „gemeinen nutz“ zu fördern, der auch das Wohl und Wehe der „arm gemein“ umschließt. Die Entwicklung der Territorien drängte aber doch im Sinne einer Zentralisation der Verwaltung und Vonselbständigung ihrer Organisation nach der entgegengesetzten Richtung als der, die die Stände wünschten. Die Antwort, die Markgraf Johann ihnen gegeben hat, ist uns leider nicht erhalten. Aber jedenfalls hatte er ihrem Wunsche nicht entsprochen. Die Residenz ist fast dauernd das Schloß zu Cöln an der Spree geblieben. Ebenso wenig hat sich eine ausschließlich persönliche Rechtsprechung des Landesherrn wiederbeleben lassen. Das Rechtspruchregister des Markgrafen Johann läßt wenigstens nichts von einer Steigerung desselben erkennen. Auch die Persönlichkeit Johannis kam diesem Wunsche wenig entgegen. Sein Sohn hat bereits um die persönliche Rechtsprechung, die seinem Temperament viel besser gelegen war, mit den Ständen gekämpft. Denn diese sahen schließlich den einzigen Weg, die Rechtssicherheit zu stärken, in der Kräftigung der Gerichtsorganisation selbst.

Diesen Weg beschreiten sie, als sie im Jahre 1503 petitionieren, durch die kurfürstlichen Räte eine Gerichtsordnung ausarbeiten zu lassen. Wenn sie auch wünschen, daß die Gerichtsordnung die märkische Eigenart berücksichtige, so sind sie sich doch darüber klar, daß eine wirkliche Reform nur von den Fachleuten, den Berufsjuristen, vorgenommen werden kann: Sie empfehlen die Benutzung „fremder Muster“, die in der Kanzlei vorhanden

wären. Daß von einem Gegensatz gegen die gelehrten Räte damals noch gar nicht die Rede sein kann, beweist endlich ihr Eifer, die Rechtsbelehrung in Magdeburg durch die „gelehrter verständiger Leute“, die der Kurfürst an seinen Hof berufen solle, ersetzen zu wollen. Sie sind lediglich durch die Rücksicht auf eine Stärkung der Rechtssicherheit bestimmt, die sie sich von einer technisch und juristisch besseren Organisation der Rechtspflege versprechen, auch wenn die heimischen Formen mit fremden vertauscht werden sollten, das Berufsbeamtentum an Einfluß gewinnen sollte. Die Furcht, durch diese Maßnahmen eine beamtenmäßige Verselbständigung der landesherrlichen Gerichte zu ihrem Schaden herbeizuführen, fehlt noch völlig. Aber noch ebensowenig richten sich ihre Tendenzen gegen die persönliche Rechtsprechung des Landesherrn. Wenn sich Joachim beschwert, daß seine Schreiben zu häufig unbeantwortet und unbeantwortet blieben -- Holtze versteht unter diesen Schreiben „die Requisitionen, welche von den Hofjuristen unter seinem Namen ausgingen“ — so ist es unzulässig, diese Unbotmäßigkeiten als Zeichen einer ständischen Opposition gegen die freie kommissarische Entscheidung des Landesherrn durch seine Räte aufzufassen;²³⁾ denn Joachim findet auf dem Landtag für seine Beschwerde das größte Verständnis. Es füge und eigne dem Landesfürsten, antworten sie, Gehorsam zu machen, und die, so dermaßen handeln, nach Gelegenheit der Sachen zu strafen, damit Gehorsam gehalten werde. Die Absicht, durch die Organisation des Kammergerichts die persönliche Machtsphäre des Fürsten zu beschneiden, liegt also gewiß noch nicht vor.²⁹⁾ Die Stände kamen vielmehr ihrem Fürsten in seinen Bemühungen, die Rechtspflege auf sichere Grundlage zu stellen, entgegen. Beide Parteien waren von der Unzulänglichkeit der bisherigen Verhältnisse überzeugt.

Nach langjähriger Regierung Joachims scheinen die Nachteile seines Regiments, das an sich dem persönlichen Moment sowohl wie der Bedeutung des Berufsbeamtentums günstig war, von den Ständen stärker empfunden worden zu sein. Zum ersten Male treten ständische Wünsche,

dieses persönliche Regiment und das gelehrte Beamtentum im ständischen Interesse zurückzudrängen, bei den Vorarbeiten für eine endliche Reform des Kammergerichts auf. Den guten Beziehungen angemessen, die Joachim trotz seiner energischen Wahrung der landesherrlichen Gewalt mit den Ständen pflegte, hat er diesen, in dem von ihm gebilligten Entwurf eine weite Einflußsphäre eingeräumt. Von den 12 Beisitzern des Kammergerichts sollten 8 von den Ständen gewählt werden. Es war die Absicht des Fürsten, ein Überwiegen des ständischen Elements nun dadurch zu verhindern, daß er die gewählten ständischen Beisitzer in Ratspflicht nahm. Er verordnete, daß auch die Personen, „so in solchem Gericht sitzen, die uns hiervor mit Ratspflichten nicht verwandt sein, vereidet werden sollten“. ³⁰⁾ Der Gerichtsbeisitzereid ³¹⁾ begann daher mit den Worten: „Ich N. schwere, als mein gnedigster herr churfürst zue Brandenburg mich an seiner churfürstlichen gnaden camergericht am rechten zu sitzen verordnet hatt etc.“ Das Gutachten des Bischofs von Lebus ³²⁾ rügt nun diese Fassung des Eides. Er verlangt die unpersönliche Eingangsformel: „als ich den zu meins gnedigsten herrn camergericht am rechten zu sytzen verordnet bin“, mit der Begründung, daß neben dem Kurfürsten auch die Stände Beisitzer ernennen würden.

Überhaupt verrät das Gutachten des Bischofs von Lebus eine ausgesprochene ständische Gesinnung, wenn es auch von ihm in seiner Eigenschaft als kurfürstlicher Rat abgestattet sein sollte, wie das Holtze von seinem Amtskollegen, dem Bischof von Brandenburg annimmt. ³³⁾ Ich möchte daher auch Stölzel beipflichten, wenn er in dem Vorschlag, im Kammergericht nach der Majorität der Beisitzer Urteil sprechen zu lassen, einen Versuch sieht, das ständische Element im Gegensatz zur landesherrlichen Gewalt zu stärken. ³⁴⁾ Stölzel vermutet diese Absicht auch hinter der damit verbundenen Äußerung: ³⁵⁾ Es wäre besser, wenn der Kurfürst stets den Vorsitz im Gericht einem Anderen übertrüge; denn wenn ein unter dem Vorsitz des Kurfürsten erlassenes Urteil mit der Appel-

lation angefochten würde, so fehlte es an einem Richter über dieselbe. Zunächst versteht es sich von selbst, daß eine Entscheidung nach Majorität der Beisitzer in einem Gericht, dem der Kurfürst präsidirt, sich mit dessen Stellung als oberster Richter schlecht verträgt, da er auf Supplication hin jedes Urteil wieder umstoßen konnte. Nun spricht aber der Bischof nicht von einer Supplication sondern von einer Appellation. Die Unklarheit, die dadurch in diesen Passus des Gutachtens kommt, haben weder Stölzel noch Holtze aufgedeckt. Sie verschwindet erst, wenn man sich die Anschauungen des Bischofs über die Supplication vorhält. Statt dieser, die vom Kammergericht an den Fürsten persönlich geht, wünscht er nämlich die Zulassung einer Appellation. Mit Recht kann er dafür allein geltend machen, daß diejenigen, die vor dem Kammergericht in erster Instanz ständen, durch das Fehlen einer Appellationsinstanz benachteiligt würden. Der Vorteil, der sich aber ihnen wie den anderen in der Supplication um eine persönliche Entscheidung des Landesherrn bietet, wird ganz übersehen. Es ist im Grunde ein Angriff auf die persönliche Rechtsprechung des Fürsten. Wie war nun diese Appellationsinstanz zu bilden? Dafür hat der Bischof zwei Vorschläge in Bereitschaft. Vorsichtig beginnt er mit dem weniger rigorosen: „So die sachen zwischen den underthenigen weren, mochte das beschwerte theil an sein churfurstl. gen. appellirn und stunde dann an dem gefallen seiner f. g. solche appellirte sachen neben etzlichen andernn beysitzern, dye sunderlich darzu neben seiner f. gn., doch auserhalb der personen des verordenten cammergerichts zu fordern werenn, selbst zu horen.“³⁶⁾ Ein ordentliches Gericht statt des freien Supplicationsverfahrens ist es also, das gefordert wird. Der Kurfürst soll ihm allein präsidieren. Die vorsichtige Formulierung über die Verordnung der Beisitzer läßt dem Verfasser gegenüber, der seinerseits mit soviel Genauigkeit die Eidesfassung des Entwurfs beanstandete, den Verdacht aufkommen, als ob er sich die Möglichkeit offen halten wollte, daß die Beisitzer von den Ständen ernannt wurden.

Deutlicher wird der zweite Vorschlag, der als der bessere bezeichnet wird. Dieser ist seinerseits ganz politisch zerlegt, derart, daß der erste Satz auch rückgreifend für den ersten Vorschlag zu verstehen ist. Joachim möge einen besonderen Richter für das Appellationsverfahren ernennen. Dann empfiehlt der Bischof: „dass ytzund in yrster aussatzunge und ordnung dieses cammergerichts auch etzliche richter ghemein zu allen appellationen, die zwischen der underthanen sachen erwachsen, mit etzlichen iren sunderlichen bey-sitzern durch sein f. gn. verordnet und gesatzt worden, und so offft der einer abging, das alsdan sein f. gn. noch vor dem nehesten volgenden cammerricht einen andern an des abgegangenen staett bestymmet und geordnet hette“. In der Hauptsache soll sich also die Appellationsinstanz aus den von den Ständen gewählten Mitgliedern des Kammergerichts zusammensetzen. Es bleibt dieser Forderung gegenüber ohne Belang, wenn der Kurfürst das Recht behalten soll, falls ein solches Mitglied aus dem Kollegium ausschied, seinerseits den Ersatzmann zu ernennen; denn es war, damit die Tätigkeit des Appellationsgerichtes nicht unterbrochen wurde, unumgänglich notwendig, sofort für Ersatz zu sorgen, noch ehe das nur zu bestimmten Zeiten tagende Kammergericht wieder zusammentrat, für das erst alsdann die Stände einen neuen Beisitzer zu erwählen hatten. Das Ziel der bischöflichen Wünsche ist also, neben ein selbständiges, überwiegend ständisch gebildetes Kammergericht gewissermaßen als einen Ausbruch von diesem ein ebenfalls vom Landesherrn unabhängiges, ständisch fundiertes Appellationsgericht zu setzen, so daß für die persönliche Rechtsprechung des Kurfürsten kein Raum mehr bleibt. Die beiden Gerichte bedingen sich aber in dieser Form ihrer Organisation. Ein selbständiges Appellationsgericht ist natürlich ein Unding, wenn der Landesherr dem Kammergericht persönlich vorsitzt, „denn wenn ein unter dem Vorsitz des Kurfürsten erlassenes Urteil mit der Appellation angefochten würde, so fehle es an einem Richter über

dieselbe“. Man kann Holtze gegenüber³⁷⁾ sehr wohl behaupten, daß der Bischof für die Aufnahme von Grundsätzen in die Gerichtsordnung eingetreten ist, mit denen sich der Kurfürst in seiner Stellung als Landesherr nicht einverstanden erklären konnte. Mir scheint es sogar nicht unmöglich, daß an diesen Vorschlägen die Reform damals gescheitert ist. Zur Verwirklichung sind sie nie gekommen; nicht einmal die Konzessionen, die Joachim bezüglich einer ständischen Präsentation der Beisitzer des Kammergerichts im Entwurf zugestanden hatte, sind in der Reform, die Holtze für das Jahr 1526 annimmt,³⁸⁾ geltendes Recht geworden.

Der Rezeß von 1534, bemerkenswert durch die überaus wohlwollende Gesinnung Joachims gegen die Stände, hat auch die Frage des persönlichen Regiments in der Rechtsprechung den ständischen Wünschen weiter entgegenkommend beantwortet. Der Kurfürst verpflichtet sich, „dem gerichtte und gerechttten seinen gang unvorhindert lassen“ zu wollen, „es were dann, daß wir aus sonderlichen gnaden tzwischen denn parteyen etwan mit ihrer selbst bewilligung gütlich handelkten.“ Sogar Evocation der Prozesse von dem ordentlichen vor das persönliche Gericht des Landesherrn scheint also häufig gewesen zu sein.

Das persönliche Regiment Joachims I. ging mit seinem Tode zu Ende. Die Stände beklagen sich 1540 dem jungen Fürsten gegenüber, daß er die Regierung den Räten in zu weitem Umfang überlasse. Das Berufsbeamtentum hatte sich in den wenigen Jahren, die seit der Thronbesteigung Joachims II. verflossen waren, stark befestigt. Daher der Protest gegen die gemieteten Doktoren, der Lärm der Armen vom Adel über die ausländischen Räte, denen gegenüber sie den Verdacht ungetreuer Verwaltung zum Schaden des Landes äußern.

Das Gesamtergebnis an ständischen Rechten ist also für die Zeit Joachims I. sehr gering. Unter seinem Vorgänger erworbene Privilegien sind zum Teil, wie das

Recht, das Schuldenwesen und die Verpfändungspolitik zu beraten, verloren gegangen. Die landesherrliche Rechtsprechung hat sich nicht im ständischen Sinne beschränken lassen. In Anerkennung blieb auch durch Joachim I. allein das Steuerbewilligungsrecht und die Verpflichtung des Kurfürsten, bei Erhebung auch der prinzipiell zugestandenen Steuern, den Rat der Stände zu berücksichtigen; endlich die aus diesem Privileg resultierende Bindung des Landesherrn in seinem Recht über Krieg und Frieden.

Anmerkungen.

I. Kapitel.

¹⁾ Die Akten der Herrentage von 1503 werden in den Beilagen des Volldrucks gegeben werden. Alle Nachweise für die Liste der Ständetage befinden sich im Text.

²⁾ Bei Raumer überschrieben: „Ordnung wegen Münze und Biergeld“. Das Stück liest sich wie ein Teil eines Protokolls. Es beginnt mit dem Titel: „Aussatzung der Muntz“. Dann folgt der erste Artikel, eingeleitet durch die Worte: „Item der Muntz halben ist im Rath beschlossen.“ Als 4. Artikel steht: „Item Des Biergeltes halben, abgannng zu verhuten Ist geratslagt und ytzund durch unsern gnedigsten Herrn — — — — selbs ausgesatz und erlassen“ etc.

³⁾ Von diesem Landtage sind unter den Akten des Geh. St.-A. R. 20 C je ein Protokoll von Sitzungen der Adelscurie und Städtecurie. Die Städte geben ihre Erwidernng auf den Bescheid, den Joachim auf ihre Gravamina erteilt hat. Der Adel entwirft ein Verzeichnis seiner Beschwerden. Die Erwähnung des berüchtigten Räubers Grefenitz weist die Stücke der Regierung Joachims zu, der selbst nicht genannt wird. Wegen folgenden Artikels muß der Landtag vor dem Jahre 1513 eingereicht werden, in dem die Bierziese auf Lebenszeit bewilligt wurde. Es heißt nämlich: „Item, wenn disse hinderstelligen drei Jar der Zusag des birgelts umb sein und die neu zusage der VIII Jar ansteen, begert der Adell den dritten pfennig gleich den Stetten.“ Das ist zugleich die einzige Nachricht von Bewilligungen des Biergelds vor der Bewilligung auf Lebenszeit von 1513. Die Akten sind sonst wenig ergiebig und ihr Druck lohnt sich kaum. Die Be-

schwerden des Adels berühren unwesentliche Details. Und was die Antworten der Städte angeht, so sind sie trotz des großen Umfanges noch dürftiger dadurch, daß gewöhnlich rein formal ihre Zustimmung oder Ablehnung erklärt wird. So heißt es zum Beispiel immer: „Die Städte sagen, daß sie den ersten Artikel in seinen Würden lassen.“ Die meisten Artikel wenden sich gegen unbillige Belastungen durch die kurf. Amtleute bei Wagendiensten, Zöllen etc. Ich hebe nur noch den 5. Artikel heraus, der für die noch unbekannte Vorgeschichte des Weinzolles von Interesse ist, „Uff den fünfften artickell des Weinzolles halben Sagen die von Stetten, das Inen solcher Zcoll Zum ewigen vorterb gedeyen wirt; doch wollen sie sollichts In e. k. f. g. gnediglich bedenncken gestalt haben.“ Joachim hat offenbar damals von dem Zoll Abstand genommen, da er sich den neuen Zoll bekanntlich erst am 10. V. 1517 von Maximilian verleihen ließ. (Haß, Das Brandenburgische Zollwesen im 16. Jahrhundert; Jahrbuch für Gesetzgebung etc. Bd. 27.)

⁴⁾ Auf diesen Ständetag verweist die kurf. Verordnung, Enkelkinder mit ihrer Eltern Geschwister zu großelterlichen Erbe zuzulassen. Dies Recht wurde, wie die Verordnung besagt, mit Rat der Stände gesetzt. Akten dieses Tages sind nicht erhalten

⁵⁾ Von diesem Ständetag, dessen Akten wir nicht besitzen, gibt ein Brief Joachims an den Hofrichter zu Prenzlau Nachricht

⁶⁾ Droysen gibt leider keinen Nachweis für den Tag dieses Jahres. Im Geh. St. A. befinden sich jedenfalls Akten darüber nicht. Auf den ebenfalls sonst unbekannten Städtetag desselben Jahres, der in engsten Beziehungen zu dem vorhergehenden Ständetag steht, bezieht sich ein Ausschreiben Joachims wegen des Landschosses an Perleberg.

⁷⁾ Ein Landtag in der Pommerschen Sache, auf den sich das „Verzeichnis“ für die kurf. Proposition beruft, Akten nicht vorhanden.

⁸⁾ Dieser Landtag fand sicher nach dem 15. Juni statt. Ein genaueres Datum läßt sich nicht feststellen. Direkte Akten sind auch nicht vorhanden, nur das die kurf. Proposition vorbereitendes „Verzeichnis“.

⁹⁾ Auf ihn verweist die Publikation des Reichsschlusses wegen Succession der Bruderkinder; Akten wieder nicht vorhanden.

¹⁰⁾ Herr Prof. Hintze macht mich gütigst auf die Analogie der dänischen Verhältnisse aufmerksam. Der dänische Reichsrat entspricht unserm Brandenburgischen „Rat“ oder „Ratschlag“.

¹¹⁾ Priebeatsch, Politische Correspondenz etc. I. p. 11, Anm. 2.

¹²⁾ Landtag von 1523, Raumer, II, p. 229.

¹³⁾ Vgl. auch 1484 Verzeichnis durch die Rete geratslagt etc., Riedel C. II, 302; „Rat der Rete“ a. a. O. p. 303.

¹⁴⁾ Akt. d. Geh. St.-A. B. 20 C.

¹⁵⁾ cf. den Brief der Kurfürstin Elisabeth (Riedel, C III 359 sqq.). Dem „gelehrten Rat“ gehörten außer den Doktoren die 3 Bischöfe und die Äbte von Zinna, Lehnin und Chorin an.

¹⁶⁾ Mylius, VI 1. Nr. 13.

¹⁷⁾ Rechtsspruchregister des Markgrafen Johann. Raumer, II, p. 125, sqq. bezeichnet als Räte Nr. II p. 126 „Vyt von Sannen Burgermeister der alten Stat Brandenburg“, „Stilletyn Kyn Borgermeister czum Berlin“ 1476; Nr. C V p. 174: Claus Schulten Borgermeister, Heinrich Hobeke, Hans Schonhusen zu Cöln, 1482.

¹⁸⁾ Priebeatsch, a. a. O. III. p. 80: „unser rath treffentlich aus allen landen mit den Hauptstetten.“ Gravamina des Landtags von 1484 (Riedel C II p. 302 sq) bezeichnet mit „Räten“ bald die wirklichen Räte des Kurfürsten, bald die Mitglieder der adligen Curie. Ebenso die Akten des Landtags von Montag nach Reminiscere 1503. „Ratschlag der Räte“ bedeutet 1484 die Sitzung der Adelskurie, 1503 eine gemeinsame Sitzung von Räten des Landes-

herrn und Vertretern der Stände. Die Sitzung der Curie wird hier: „Ratschlag meines gnädigsten Herrn und der Räte“ genannt. Im Rezeß vom Sonnabend nach Johannis Baptista 1534 ist unter dem gehaltenen „Rat seiner Räte“ eine Sitzung der kurfürstlichen Räte zu verstehen.

¹⁹⁾ Das Schwankende dieser Terminologie muß zur größten Vorsicht bei der Interpretation grade der Ständetagsakten der Zeit mahnen. Auch Stölzel ist in seinem jüngst erschienenen Buche: Billigkeit und Rechtspflege p. 591 bei der Interpretation der Herrentagsakten vom März 1503 dadurch ein Irrtum begegnet. In den Akten heißt es: Der Kurfürst möge nach den fremden in der Kanzlei vorhandenen Ordnungen eine Kammergerichtsordnung ausarbeiten lassen: „und was sich in dem thun ergen wil, solchs soll mann uff nechsten herntag den prelaten und Reten vorhalten, dar in besleißlich zu handeln. Stölzel fügt interpretierend hinter „Reten“ hinzu: „(scil. der Städte)“. Gemeint ist aber die Ritterschaft, deren Mitglieder als Räte im Sinne von geborenen Räten bezeichnet werden.

²⁰⁾ vergl. den oft zitierten Revers von 1540.

²¹⁾ Brief Albrechts an den Bischof Friedrich von Lebus vom 27. II. 1433, Priebatsch, a. a. O. III p. 248: „mit etlichen geheimen Räten“.

²²⁾ „Wahrhaffig anzaygung“ D. III. 1530, bei Stölzel Rechtsverfassung und Rechtsverwaltung I p. 142.

²³⁾ Betzendorfer Burgfrieden derer v. d. Schulenburg vom 30. VII. 1531. Riedel, A II. p. 265 sqq.

²⁴⁾ Raumer, II. p. 227.

²⁵⁾ Riedel, C III 220.

²⁶⁾ Revers bei Mylius, VI I Nr. 12, dazu vergl. den Revers von 1534, a. a. O. Nr. 17.

²⁷⁾ Da beide Urkunden nicht in Originalen, sondern nur abschriftlich (Akten des Geh. St.-A. R. 20 A.) überliefert sind, und zwar der Revers von 1524 in 6, der von 1534 nur in einer Abschrift vorliegt, der Gleichlaut aber sich sogar bis auf das Tagesdatum erstreckt, so lag die

Vermutung nahe, daß die einzelne Datierung auf 1534 nur Versehen des, wie die andern, schon der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts anzurechnenden Kopisten sei, und dieser 2. spätere Akt in Wirklichkeit garnicht stattgefunden habe. Doch läßt sich aus anderen absolut sicheren Nachrichten hinreichend belegen, daß die Landtagsverhandlungen von 1534 eine Steuerbewilligung betroffen haben (vgl. bes. den Befehl an die Schoßeinnehmer Mylius, IV 3 Nr. 11).

²⁸⁾ Bornhak, preußische Staats- und Rechtsgeschichte p. 65.

²⁹⁾ Mylius, IV. 3 Nr. 2.

³⁰⁾ Raumer, II. 292 sq.

³¹⁾ cf. Anmerkung 3.

³²⁾ Die darauf bezüglichen Akten von 1511 bei Riedel, C III 211 sqq. und 1513, a. a. O. 217 sqq; 220 sqq.

³³⁾ Priebatsch, a. a. O. p. 190.

³⁴⁾ 27. XI. 1513 (Riedel, C III 224; Mylius, VI, Nr. 11).

³⁵⁾ Raumer, II. 227 sqq.

³⁶⁾ Für das Folgende siehe Anmerkung 34.

³⁷⁾ Auf dem Herrentag nach Reminiscere 1503 wurde eine Regelung des Zollwesens beschlossen. Der Kurfürst solle sich bei den alten Amtleuten und Zöllnern der Straßen, wie die von Alters gegangen, auch wie die Zölle von Alters genommen, erkunden. Auf dem nächsten Herrentag wolle man ferner davon reden.

³⁸⁾ Ständetag von Visitatio Mariae 1527, Mylius, VI. I. Nr. 13, Herrentag von Sonnabend Johannes Bapristae 1534, Mylius, VI. I. Nr. 16, Verordnung, „welcher Gestalt die Kornausfuhr denen vom Adel vergönnet, den Bauern aber verboten sei.“ Dienstag nach Martini 1535, Mylius, V. 2. 2. Kap. Nr. 1.

³⁹⁾ Von dem neuen Wein- und Güldenzoll Joachims war der Adel nicht generell befreit. Joachim will ihn auf Ersuchen nach Verdienst erlassen.

40) Mylius, VI. I. Nr. 13.

41) Verordnung etc. cf. Anmerkung 38.

42) Raumer II, 272.

43) Mylius VI, I. Nr. 13.

44) Akten des Geh. St.-A. R. 9. C 4.

45) cf. Naudé, Agrarpolitik I, Haß, a. a. O. Die kurfürstliche Absicht, den agrarischen Großbetrieb möglich zu machen, geht besonders deutlich aus den Bestimmungen der Landesordnung von 1534 hervor, die besagen, daß die gleichen Bestimmungen über die Zollfreiheit, wie für die kurfürstlichen Zölle, auch in den Privatzöllen der Prälaten und des Adels untereinander gelten sollten.

46) Riedel, C II 302.

47) Raumer, II 225.

48) Die Rücksicht auf die territorialen Besonderheiten gingen sogar soweit, daß die Regelung der Lohnverhältnisse z. T. den Ständen der einzelnen Territorien (Kreisständen) überlassen blieb:

„In der Altenmark und Prignitz ist unser Heuptlewten mit etlichen vom Adell auch also ordnungung zu machen bevolhen.“

„Im Havelandt und Glin Ist es unnser Besonndern Freundt den Bischove von Brandenburg und unserm Rath dem Abt von Lehnyn mit etlichen von Adell nach gelegenheit unnd Billigkeit, doch uff unnser gefallen, deßhalben ordnung zu machen befolhen.“

Daraus geht zugleich hervor, welchen Einfluß Joachim dem Adel in dieser Sache gewährt. Die Genehmigung der Beschlüsse hat er sich freilich vorbehalten.

49) Eine darauf bezügliche Anregung des Adels auf dem Herrentag vom März 1503 wurde wie so viele andere in den Landtagsschlüssen v. 1518 (Raumer II 224) zu einem gewissen Abschluß entwickelt. Die Freizügigkeit der Bauern wurde prinzipiell anerkannt. Dem Bauer stand es frei, in die Städte zu ziehen, wenn er seiner Gutsherr-

schaft Ersatz für seine Person besorgte so daß sein Grundstück nicht „unverwehrt“ blieb. Versäumte er diese Pflicht, so hatte der Gutsherr das Recht ihn gewaltsam wieder zurückzuholen.

⁵⁰⁾ Mylius, VI, Nr. 16.

⁵¹⁾ Eine Bestimmung des Landtages von 1545 (Mylius, VI, 1 Nr. 16), die den Bauern günstig ist, richtete sich gegen die Unvernunft vieler Gutsherrschaften, mit der sie selbst zu der Leutenot beitrugen. Joachim verbietet den „Dienstboten an seinen Dienstlohn Haben zu seen“ und verlangt Geldlohnung.

⁵²⁾ cf. Anmerkung 47.

⁵³⁾ Mylius, VI, Nr. 13.

⁵⁴⁾ a. a. O. Nr. 14.

⁵⁵⁾ a. a. O. Nr. 13. Der Herrentag von 1534 (a. a. O. Nr. 10) bringt eine Verschärfung dieser Bestimmung zu Ungunsten der Bauern. Doch ist ihr Wortlaut nicht hinreichend klar, um bestimmtes mitteilen zu können.

⁵⁶⁾ Akten des Herrentags vom 13. III. 1503, Undatierte Landtagsakten. (Geh. St.-A. R. 20 C.), 1534 (Mylius, VI Nr. 16).

⁵⁷⁾ Ungenau berichten von diesen Dingen Korn, Geschichte der bauerlichen Rechtsverhältnisse (p. 18 u. 19) und Lennhoff: Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg 1906, der ihnen drei Seiten widmet. Der Ausbau der patrimonialen Gerichts- und Polizeigewalt ist noch nirgends dargestellt.

II. Kapitel.

¹⁾ Mylius, VI, 1, Nr. 13.

²⁾ Landtag v. 1523, Raumer, II, p. 29 sqq.

³⁾ Raumer, II, p. 212.

⁴⁾ v. Below, Territorium und Stadt, die landständische Verfassung: p. 170.

⁵⁾ Mylius, VI, 1, Nr. 13.

⁶⁾ Das Indigenatsrecht ist, wie schon erwähnt, nicht verbrieft worden, aber wir sahen auch bereits, wie es als eine selbstverständliche Voraussetzung galt, daß die Beamten des Kurfürsten im allgemeinen den Ständen des Landes angehörten.

⁷⁾ Winter, die märkischen Stände zur Zeit ihrer höchsten Blüte, Zeitschrift für Preußische Geschichte, Bd. XIX. Einleitung: p. 263, sqq., Urkunden: Revers für die oberen Stände vom 17. III. 1540, p. 276 sqq. Der Ritterschafts-Artikel, p. 560 sqq.

⁸⁾ s. oben Cap. I, Anm. 23.

⁹⁾ Hintze, Hof- und Landesverwaltung in der Mark Brandenburg unter Joachim II. a. a. O. Bd. II p. 66.

¹⁰⁾ Reverse der Ständetage vom 30. VI. 1524 (Mylius, VI. 1) Nr. 12., 8. X. 1527 (Raumer, II. p. 292 sq.), 25. VI. 1534 (Mylius, VI. Nr. 17.)

¹¹⁾ Landtagsabschied vom 24. VIII. 1472, Riedel, C II. p. 62, wörtlich wiederholt im Abschied vom 4. 3. 1473 ibid. p. 82.

¹²⁾ Raumer, II. p. 292 sq.

¹³⁾ Akten des Landtags vom 22. III. 1480, Riedel, C. II. p. 245 sqq. und Raumer, II. p. 47 sqq.

¹⁴⁾ cf. die Liste der Räte bei Spangenberg, Hof- und Zentralverwaltung der Mark Brandenburg im Mittelalter p. 85/86.

¹⁵⁾ Rechtsspruchregister des Markgrafen Johann. Raumer II. p. 125 sqq: Nr. IV p. 126: Nickel Pfuel, Hans v. Bredow, Werner v. d. Schulenburg, 1476; Nr. XXXIX p. 142: Hans v. Bredow, 1480; Nr. CXXXVI p. 188 Nickel Pfuel, dort auch Hans Barfuß als Rat bezeichnet. 1484; Nr. CLIV, p. 197, Werner v. d. Schulenburg, Curt Slaberndorf, 1491.

¹⁶⁾ Mylius, IV. 3. Nr. 2.

¹⁷⁾ Riedel C. II p. 302 sqq.

¹⁸⁾ „war“ mittelniederdeutsch für: wo

¹⁹⁾ „thun“ heißt hier: arbeiten, für Arbeit. Zu übersetzen ist: und was sich in der Arbeit ergeben wird“.

²⁰⁾ Akten des Geh. St.-A. R. 20 C.

²¹⁾ Holtze, Geschichte des Kammergerichts Bd. I. Urkunden und Aktenstücke, Nr. 5 p. 222.

²²⁾ Winter, a. a. O. p. 294 sqq.

²³⁾ ibid. p. 287 sqq.

²⁴⁾ cf. die Ratsliste bei Spangenberg.

²⁵⁾ dagegen Holtze, a. a. O. p. 117.

²⁶⁾ ibid. p. 117 sq.

²⁷⁾ Hintze, Hof- und Landesverwaltung etc. a. a. O. p. 24.

²⁸⁾ Holtze a. a. O. p. 123.

²⁹⁾ Wenn Holtze in einer Anregung der Stände zu einer Reform des Kammergerichts die Absicht findet, das Gericht ständisch auszugestalten, so mag er dazu durch seine falsche Lesung des Textes verführt worden sein. Statt „... mit verordnung des richters, der beysitzer, der procuratores und war von mann die halten mag“ las er „... wer von mannen die halten mag“ a. a. O. Urkunden und Aktenstücke p. 209.

³⁰⁾ Holtze, Urkunden und Aktenstücke Nr. 5 p. 222 sq.

³¹⁾ ibid. 223.

³²⁾ Holtze, a. a. O. Nr. 6 p. 245.

³³⁾ Holtze, p. 128.

- ³⁴⁾ Stölzel, *Rechtsverfassung und Rechtsverwaltung* Bd. I.
p. 133 sqq.
- ³⁵⁾ Holtze, *Urkunden und Aktenstücke* Nr. 6, p. 245.
- ³⁶⁾ *ibid.* p. 250.
- ³⁷⁾ Holtze, p. 166.
- ³⁸⁾ Holtze, p. 165 sqq.
- ³⁹⁾ Mylius, VI 1, Nr. 17.

Lebenslauf.

Ich Friedrich Wilhelm Walther Schotte, evangelischer Konfession, Sohn des Geheimen Regierungsrat, Professor Friedrich Schotte und seiner Gattin Helene, geb. Dato, bin am 3. Oktober 1886 in Berlin geboren.

Ich besuchte die Vorschule und von Ostern 1896 ab das Askanische Gymnasium zu Berlin, das ich Ostern 1905 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Seitdem studierte ich an der Universität Berlin Geschichte, mit Unterbrechung des Sommersemesters 1906, in dem ich die Universität Heidelberg bezog.

Ich hörte die Vorlesungen folgender Herren Dozenten: Breysig, Dietrich, Jellinek, v. Jagemann, Harnak, Hintze, Rud. Lehmann, Marks, Riehl, Roethe, v. Schmoller, Simmel, Stumpf, Tangl, Wölfflin.

An ihren Seminar-Übungen ließen mich teilnehmen die Herren: Breysig, Jellinek, Hintze, Rud. Lehmann, Marks, v. Schmoller, Tangl, Zeumer.

Von Januar bis Ende Juni 1909 war ich als persönlicher Hilfsarbeiter von Herrn Prof. Dr. Zeumer tätig. Seit August 1909 bis Februar 1910 habe ich für Herrn Geheimrat Dilthey gearbeitet. Beiden Herren fühle ich mich für gütiges Interesse und Förderung meiner Studien zu besonderem Dank verpflichtet.

Meinen wärmsten Dank möchte ich auch den Herren Professoren Jellinek, Tangl und ganz besonders Herrn Professor Hintze aussprechen, der nicht nur diese Arbeit, sondern meine Studien überhaupt stets in der wohlwollendsten Weise gefördert hat.

Die Promotionsprüfung bestand ich am 24. Februar 1910.

